

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Nast du schon ein Programm
zur Revolutions-Feder?

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreis monatlich drei Mark (halbmonatlich 1,50 M.) durch die Post bezogen monatlich 2 M. (ohne
Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11 / Geschäftsstelle u. Expedition:
Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach Dresden Nr. 18090, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schulze: Dresden-11, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Sonnabend, den 29. Oktober 1927 Nummer 254

Verschärfte Dawes-Kontrolle

Ein neuer Schritt des Reparationsagenten

Berlin, 29. Okt. (Eig. Drahtbericht)

Die Welt am Abend weiß über einen neuen Schritt Parker Gilberts zu berichten: Anlässlich des in sechs Wochen zu erwartenden Halbjahresberichtes ist in diplomatischer, aber doch einseitiger Form ein weiteres Eingreifen des Reparationsagenten zu erwarten. Der Reparationsagent ist von Washington beauftragt worden, noch jetzt alles zu tun, das Deutschland den Reparationsmächten nicht finanziell einschließt. Washington hat Parker Gilbert hingewiesen auf die verschiedenen Reichswehrunternehmen, die Finanzierung der Filmgesellschaften durch die Reichsregierung, die aus Reichsmitteln gepushte Kriegsschuldpropaganda, die Milliarden für Fürstenabfindung und für tollpöhlige Vandalenspielerien. Ferner wird der Reparationsagent auf den Haushaltsplan für 1928 einen scharfen Einfluß ausüben und eine Reihe Abstände verlangen, die sich zwar auch auf das Reichswehrministerium beziehen, in Wirklichkeit aber die Sozialkatastrophen treffen sollen. Zur Durchführung seiner Politik wird der Reparationsagent mit dem Kreditzugang rechnen. Die Wörze ist von den neuen Eingriffen Parker Gilberts schon unterrichtet, aber die Presse darf von der äußeren Stimmung, die dort herrscht, nur sehr zurückhaltend sprechen. Die Reichsregierung betrachtet Parker Gilbert als einen nicht unerwünschten Gehilfen bei der Durchführung ihrer volksfeindlichen Politik.

Die bürgerliche und SPD-Presse schweigt sich jetzt fast völlig über die Absicht des Bürgerblockministers Dr. Köhler sowie dem Reparationsagenten Parker Gilbert aus. Es wird nur von einem Frühstück berichtet, das Herr

Köhler dem Reparationsagenten gab und dem eine große Bedeutung zukomme.

Die „große Bedeutung“ werden die unteren Beamten, sowie die Massen des werktätigen Volkes bald zu spüren bekommen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Anschlag auf die unteren Beamten vorbereitet wird. Zu gleicher Zeit werden von den Industriellen Verhandlungen geführt, die Arbeiterschaft durch neue Methoden der Rationalisierung zu schröpfen. Zu gleicher Zeit kündigt Herr Köhler im Haushaltsauschuss eine weitere Senkung der Steuern für die Besitzenden und ein weiteres Anziehen der Steuerlast für die Besitzlosen an, und die sozialdemokratischen Führer schweigen, durch Koalitionsinteressen gebunden. Die Arbeiterschaft wird die so schweigenden Herren zur Rede zwingen. Klarer denn je ist durch die letzten Auseinandersetzungen die ungeheure Steuerbelastung der Besitzlosen und die Steuererleichterungen der Besitzenden sichtbar geworden und eindeutiger als bisher sehen die Millionen-Massen, daß die Sozialdemokratie selbst vor Trägheit macht, wo sie Klassenfragen werden könnten. Die Frage der Schwälzung der Daweslasten wird trotzdem gestellt werden. Die Arbeiterschaft wird für die Beilegung der unerhörten Steuerbelastung kämpfen. Es wird Zeit, daß die direkten Steuern, die Lohnsteuer und die indirekten Steuern, die den Konsum der Werktätigen belasten, verschwinden. Es wird Zeit, daß die Kapitalisten dort getroffen werden, wo sie am empfindlichsten sind und die werktätigen Massen in den Betrieben nicht dulden, daß trotz wachsender Opposition gegen den Bürgerblock diese Regierung nach wie vor in Deutschland schalten und walten darf.

Die Theorie der Hamburger Rosttäuscher

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Sozialdemokraten im Hamburger WDB und in der Führung der Partei die Verhandlungen mit den Kommunisten nur zu Wandierzwecken führten, um sich vor den Arbeitern ein Bild für die Fortführung der Koalition mit den Pfeifferläden zu verschaffen, so wäre dieser durch ihre Verhinderung über die Verhandlungen erbracht. Die Ausgabe des Hamburger Echo, unmittelbar nach der Sprengung der Verhandlungen durch die WDB-Führer erschienen, ist nämlich eine wahre Sondernummer zur „Entloerung“ der KPD. Sie enthält in sensationeller Aufmachung einen kindlichen Filatusbrief des Hamburger WDB an die SPD, in dem die guten Leute, nachdem sie die Verhandlungen eben gemeinsam mit den SPD-Führern zum Scheitern brachten, diesen mitteilen: „Bei der KPD sei nicht ein Punkt ernstlichen Willens für Zusammenarbeit“ vorhanden, sie hielten weitere Verhandlungen für vollkommen zwecklos; die Sondernummer enthält weiter einen schwingelnden Veltauslag „Das Ende einer Mission“, in dem die Hoffnung gehabt haben sollte, es werde jetzt zu einer gründlichen Wandlung des Verhältnisses zwischen KPD und SPD kommen“, mit künstlichem Pathos darüber aufgeklärt wird, daß er „am Ende einer Mission stehe“; sie enthält weiter den spaltenlangen, mit absterbender Demagogie gewürzten Verhandlungsbericht und einige weitere Beiträge, alle mit dem Reklamé „an der kommunistischen Sache vor Verantwortung, an der theoretischen und politischen Vermittlung, am Arbeitererrat der KPD“ sei der Versuch, das Hamburger Wahlergebnis im Interesse der Arbeiter auszunutzen, gelästert.

Ueber die sachlichen Vorgänge haben wir schon berichtet. Die Hamburger Reformisten glaubten, durch ihr Wandern die Arbeiter täuschen zu können. Wie unfähig sie sind, sogar die Utekkraft ihrer eigenen nächsten Anhänger einzuschätzen, das beweist schon heute die Empörung der Arbeiter in den Hamburger Betrieben, und wie unsicher, daß die weitere Tätigkeit der SPD in der Pfeifferladkoalition zur weiteren Klärung, wer im deutschen Proletariat die Arbeiterinteressen vertritt, sehr reich noch das fehlende beitragen wird. Wenn wir über den letzten Akt des Wanderns nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, so geschieht es, weil die Hamburger Situation bei der weiteren Vinskämung in Deutschland sich sehr reich auch in anderen Teilen des Reiches wiederholen wird. Und da ist es wertvoll, schon jetzt die sozialagen theoretische Begründung anzunageln, die die „Marxisten“ der SPD in Hamburg dem von den Gewerkschaften geleiteten Rosttäuscher-Trik diesmal zu geben verlusten. Die WDB-Führer selbst zeigten sich ihrem Wandern noch einigermaßen gewachsen. Abgesehen und gefestigt im Ruchhandel, wie diese reformistischen Bureaurokraten sind, führten sie die „Verhandlungen“ ohne großes theoretisches Vermerk noch den einfachen, erprobten Grundrissen ihrer jahrzehntelangen Bureaurokratenpraxis. Sie machten dabei für ihren unglücklich abgegebenen Verräterstandpunkt noch eine ganz gute Figur. Eine geradezu lächerliche Rolle aber spielte in den Verhandlungen der Sozialdemokrat, der das Wort als Parteivertreter der SPD nahm. Herr Leuteritz, der Vertreter der Hamburger Organisation, trat nämlich als „Marxist“ auf. Nach dem Bericht des Hamburger Echo sagte er wörtlich: „Würden wir in Hamburg den Versuch machen, grundsätzliche Forderungen herbeizuführen, dann würde ein solcher Versuch durch Reichsregulativ von Karl Marx stützt werden. Die KPD hat immer wieder Karl Marx zitiert. Da ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß Karl Marx einmal (!) eindeutig ausgesprochen hat, daß eine soziale Revolution in Deutschland nur ein Sturm im Glase Wasser ist, wenn nicht auch in England, und wir müssen heute hinzusetzen, auch in Amerika. Die soziale Revolution ausbricht. Wenn das schon für Deutschland gilt, dann gilt es in erhöhtem Maße für Hamburg.“

Es braucht nicht noch einmal unterzogen zu werden, daß die KPD ihre 14 Forderungen gerade deshalb aufgestellt hat, weil sie der Auffassung ist, daß gegenwärtig die „Frage der sozialen Revolution“, wie Herr Leuteritz sich ausdrückt — gemeint ist wohl die Frage des Endkampfes um die Macht — gar nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Es ist aber doch für den Führer einer der größten SPD-Organisationen in Deutschland kennzeichnend, womit er die Notwendigkeit der Koalitionspolitk begründet, und in welcher idiotischen Weise er es wagt, sich für diese idiotische Begründung auf Marx zu berufen. Diese Verwickelung der Revolution des Herrn Leuteritz, sie hat mit der Marxischen Auffassung auch nicht das geringste zu tun, sie entspricht vielmehr dem opportunistischen Theorien des schlimmen Kautskanerrums, da es für die proletarische Umwälzung erst den Bestand eines kapitalistischen Weltmarktes, den Ueberimperialismus voraussetzt. Niemals hat freilich selbst der Renegat Kautsky die kindliche Vorstellung ausgesprochen, daß die soziale Revolution sozialagen an einem Tage zur festgesetzten Stunde in allen Teilen der Welt gleichzeitig aus-

Ausperrung in der Zigarrenindustrie

Die von der Bezirksgruppe Sachsen des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller angekündigte Ausperrung ist seitdem in Kraft getreten. Von ihr werden etwa 12.000 Arbeiter betroffen. Die Ausperrung im ganzen Reich soll am 12. November erfolgen, falls bis dahin nicht die in Leipzig und anderen Orts angekündigten Lohnkämpfe abgebrochen würden. Von der Gesamtpersperrung würden etwa 120.000 Zigarrenarbeiter betroffen werden.

Mit der nun in Kraft getretenen Ausperrung werden die Unternehmer einen Gegenschlag gegen die in Leipzig spontan in den Lohnkampf getretenen Zigarrenarbeiter zu führen. Wir haben bereits gestern in einem längeren Aufsatz die Lage in der Zigarrenindustrie skizziert und die Ursachen der ausgebrochenen Lohnkämpfe aufgedeckt. Auch im Kampfe der Zigarrenarbeiter, die unter den erbärmlichsten Lohnverhältnissen arbeiten mußten, haben die Reformisten den Unternehmern Hilfeleistung gegeben und offen erklärt, daß sie den Kampf der Leipziger Zigarrenarbeiter nicht billigen könnten. Inzwischen hat das entschlossene Vorgehen der Zigarrenarbeiter in Leipzig bei den Betriebsbelegschaften in Breslau, Mannheim und in Bünde Nachahmung gefunden. Die im Kampfe befindlichen Tabakarbeiter fordern eine Erhöhung ihrer Löhne um 20 Prozent.

Netzt drohen nun die Unternehmer mit einer Rielenausperrung, die mindestens den bisher an der Bewegung unbeteiligten Arbeitern gegenüber ein glatter Tarifbruch ist. Das muß auch der heutige Vorwärts zugeben, der schreibt: „Das ist ein offener Tarifbruch der Unternehmer, der in den einzelnen örtlichen Tarifbrüchen der Arbeiter keine Rechtfertigung findet.“ Das Vorgehen der Unternehmer, die sich glatt über den Vertrag hinweggehen, wird eine sehr nützliche Lehre sein. Das Verhalten der Unternehmer zeigt, daß sie mehr Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl gegenüber den bestreikten Fabrikanten besitzen, als die reformistischen Gewerkschaftsführer, die kategorisch jede Solidaritätsaktion ablehnen, und, wie das von uns vor wenigen Tagen veröffentlichte Rundschreiben der Gauvereinigungen zeigt, den Arbeitern empfehlen, sich ruhig zu verhalten. Während die Unternehmer hemmungslos ihre Profitinteressen verteidigen, schwächen die Reformisten noch immer von „Tarifstreue“, auch wenn Hunderttausende von Arbeitern dabei buchstäblich verhungern.

Streik der Textilarbeiter

Nat heißt Eisen, — auch die Fesseln eines Zwangs-schleppens, den ein unternehmerfreundlicher Schlichter für verbindlich erklärte. In der Textilindustrie Sachsens wurde be-

kanntlich für die über 400.000 Gewerbstätigen ein Schiedspruch gefällt, der die horrenden Erhöhung der Stundenlöhne um 8 Prozent vorsieht. Der Schiedspruch hat unter der Arbeiterschaft ungeheure Erbitterung hervorgerufen, die noch dadurch gesteigert wurde, weil sich die Unternehmer weiterten, mit dieser Erhöhung auch eine entsprechende Aufbesserung der Affordordienste eintreten zu lassen. Im weitausgehenden Industriebetrieb ist es deshalb in einer großen Anzahl von Betrieben zu starken Differenzen gekommen, in deren Verlauf die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen passive Resistenz übten, oder wie im Thalheimer Industriegebiet, in den Streik traten. Auch im Vimbacher Bezirk ist die Arbeiterschaft dem Vorgehen der Thalheimer Textilarbeiter gefolgt. Bei der Firma Hausold u. Co. ist die etwa 300 Mann starke Belegschaft in den Streik getreten. Inzwischen sind in Thalheim mit den bestreikten Firmen Vereinbarungen abgeschlossen worden, nach denen die über 60 Prozent über den Affordordienst hinaus verdienenden Arbeiter 74 Prozent und die übrigen 6 Prozent Lohnerrhöhung erhalten sollen. Auf Grund dieser Zugeständnisse ist der Kampf abgebrochen worden.

Auch in Ostfachsen

gibt es trotz des verbindlich erklärten Schiedspruches. Bei der Firma Duncans Pelzindustrie in Lobau haben am Donnerstag früh 300 Affordordarbeiter die Arbeit niedergelegt, da die Firma sich weigert, die Affordordienste auf Grund des verbindlichen Schiedspruches in der ostfächsischen Textilindustrie, die zehnprozentige Lohnerrhöhung bei den Affordordiensten, zu zahlen.

Neue Lohnbewegung der Berliner Verkehrsbetriebe

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem vor einigen Tagen die Berliner Straßenbahner durch einen erbärmlichen Schiedspruch mit wenigen Pfennigen Lohnerrhöhung abgespeißt worden sind, nahm eine am Donnerstag stattgefundene Funktionärerversammlung einen Antrag an, in dem eine zwischenzeitliche Lohnerrhöhung von 15 Pf. pro Stunde gefordert wird. Auch bei den anderen Verkehrsbetrieben, der Hochbahn und U-Bahn, wurden Lohnforderungen gestellt. Es ist daher die Aufgabe der Gewerkschaften, eine Lohnbewegung für alle Verkehrsbetriebe gemeinsam zu führen und darauf zu drängen, daß die Bewegung nicht verkleppert wird. Gegenüber den Direktoren der Berliner Verkehrsbetriebe darf kein Zweifel geduldet werden, daß die Verkehrsbetriebe entschlossen sind, die Durchsetzung ihrer Forderungen zu erzwingen.

Arbeiter, arbeitende Bauern!

Hinaus aufs Land, zum morgigen Landsonntag! ertönt der Ruf an die Genossinnen und Genossen. Bauern hört unsere Volkshilfe! Der Arbeiter kommt zu dir, weil er sich gleich fühlt mit dem arbeitenden Landmann. Weil er weiß, daß gleiche Sorgen den Bauern wie den Arbeiter bedrücken. Schwer lastet auf beiden der Steuerdruck. Hoch: Lohnsteuern, Steuern auf allen Lebensmitteln, Steuern auf der Wohnung. Dazu ständige Unfähigkeit seiner Lebenslage. Jeden Tag droht ihm der Verlust der Arbeit. Dann trifft ihn das Los der Erwerbslosigkeit.

Dem arbeitenden Bauern droht nicht die Erwerbslosigkeit, er muß auf seiner Scholle von früh bis spät arbeiten, um die notwendigen Mittel zum Lebensunterhalt beizubringen. Auch seine Arbeit wird besteuert. Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Viehsteuern und Mezzesteuern belasten auch ihn. Dazu kommt die Grundsteuer und eine weitere Menge Nebenabgaben. Bei der Inflation plaudern die arbeitenden Bauern, daß sie einen besonderen Verdienst erbringen könnten, halb aber mühen sie sich, daß sie die Betroffenen waren. Die Papiergeldwerte verfielen. Die Deflation fürte manche an den Rand des Bankrotts. Viele arbeitende Bauern mühen sich dem wucherischen Bankkapital auszuliefern. Manche fielen jener Ausbeuterinstitution, die sich als Freund der Kleinbauern aufspielte, die vom Landbund und auch vom Landwirtschaftsrat unterstützt wurde, der Roggenrentenbank zum Opfer. Der Kleinbauer konnte nicht die Pörsienpetition. Er begriff nicht, mit welchen Mitteln die Roggenrentenbank arbeitete. Da seine Vertreter, Landbund und Landwirtschaftskammer, ihm aber auch noch Vertrauen zur Roggenrentenbank einflößten, glaubte er sich ruhig diesem Institut anvertrauen zu können. Viele kleine Bauern nahmen eine Koggenanleihe auf. Da sie mit der Praxis nicht vertraut waren, liehen sie die Pfandbriefe zu billigen Preisen verkaufen, dann aber, als der Roggenpreis fiel, da stieg die Belastung der Bauern ins Unerträgliche. Die Zinsen wurden fast so hoch wie der erhaltene Betrag. 30-45 Prozent Verzinsung wurde aber der Normalfall. Wir haben schon eingehend über den Fall eines Bauern Müller von Venusberg im Erzgebirge berichtet. Dieser Bauer erhielt ausgezahlt 1005 Mk. und zahlte schon viel mehr an Zinsen zurück. Als die Kleinbauern unter dieser Zinslast fast zusammenbrachen, als die Roggenrentenbank dann überging, die Bauern von ihrem Besitz zu vertreiben, wurden diese Bauern von dem Landbund im Stich gelassen. Kummer kamen die Bauern zur Kommunistischen Partei. Die Kommunisten halfen den Bauern, so gut es ging. Dem Bauern Müller aus Venusberg erliefte die KPD die Ablösung von 12 000 Mark Roggenanleihe durch ein Darlehen von 7000 Mk. Sie erliefte ihm ein weiteres unergänztliches Darlehen von 6000 Reichsmark zum Kauf seiner Gebäude. Die KPD hat jetzt auch im Ausmaß einen Antrag gestellt, den Roggenanleiher zu beistehen. Die Deutschnationalen sowie alle anderen Par-

teien verhalten sich ablehnend, wollen den schwer betroffenen Kleinbauern nicht helfen. Die Parteimitglieder der Deutschnationalen sind die Kuckhücker dieser Bauernausplünderung. Die Roggenrentenbank zahlte 10-15 Prot. Dividende. Im Wahllichter dieser Bank sitzt aber der Minister der Deutschnationalen, Herr von Reudell.

Wie ist es mit der Grundsteuerlichen und den anderen Belastungen? Immer sind es die bürgerlichen Parteien, auch die Deutschnationalen, die in Wirklichkeit die Belastung der kleinen Bauern durchzuführen. Die Kommunisten stellen die Forderungen, die Bauern mit einem Einkommen bis zu 5000 Mark, einem Besitz im Werte bis zu 20 000 RM von der Grund- und Mezzsteuer zu befreien. Die übrigen Parteien lehnten die Forderung ab. Als nach der Deflation die Lage der arbeitenden Bauern in Sachsen durch Wühlerien besonders schlecht war, forderten die Kommunisten Staatsbeihilfen für die arbeitenden Bauern, verlangten sie den Erlass der Steuern und Abgaben. Die anderen Parteien lehnten diese Forderungen ab. Wenn der arbeitende Bauer Stück für Stück die Taten der Parteien wirklich beobachtet, dann wird er bald sehen, daß nur die KPD wirklich für seine Interessen eingetreten ist. Die Kommunisten wenden sich gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Massen. Sie wissen, der arbeitende Bauer, der sich schinden muß von Tag zu Tag, er hat viel mehr Sorgen und Kosten, als der Gutsbesitzer. Dem Gutsbesitzer werden die Steuern gestundet oder erlassen, der Gutsbesitzer kann seine Erträge verschleiern. Der arbeitende Bauer aber wird genau kontrolliert, er muß auf Heller und Pfennig zahlen. Hat er kein Geld, dann wird er gepfändet, unerhittlich kommt der Gerichtssoffizier. Während Großgrundbesitzer und Großkapitalisten sich vom Steuerzahler drücken, während sie abends nach große Anleihen erhalten, wird der Arbeiter und der arbeitende Bauer geschöpft. Um die Macht der Großgrundbesitzer aufrechtzuerhalten, werden von diesen die Arbeiter und arbeitenden Bauern gegeneinandergekehrt.

Arbeitender Bauer und Arbeiter gehören aber zusammen in eine Front. Nur die gemeinsame Front der arbeitenden Bauern mit den Arbeitern ist in der Lage, den Steuerdruck, die Teuerung zu bekämpfen, dem Arbeiter Lohn und Brot zu schaffen, ihn zum Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte zu machen, dem arbeitenden Bauern die Gebrauchsgüter zu verschaffen. Die gemeinsame Front der Arbeiter und arbeitenden Bauern schafft dem Bauern ausreichendes Land, die Möglichkeit zur Verbesserung seiner Arbeit.

So kommen heute die Arbeiter, die Kommunisten zum arbeitenden Bauern, um ein Bündnis zu schließen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie suchen bei dem arbeitenden Bauern Verständnis und die Bruderhand. Sie werden beides sicherlich finden.

brechen" wird. Die wahr marxistische Theorie unserer Zeit, die leninistische Theorie, die durch alle Ereignisse immer aufs neue bestätigt wird, unterstreicht demgegenüber, daß die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in den einzelnen Ländern die Kautskische Konstruktion von der Weltrevolution längst ad absurdum geführt hat. Dafür gibt es keinen stärkeren Beweis wie die russische Revolution. Aber Herr Leuterich kam es ja nicht darauf an, sich mit der KPD theoretisch auseinanderzusetzen, es verdient nur festgehalten zu werden, wie unsterblich er sich blamiert hat, als er versuchte, den einfachen Rohstoffarbeiter der Gewerkschaftsführer "theoretisch" zu rechtfertigen.

So sehen die Wutischen aus, die in ihren Blättern die Kommunistische Partei als "Verräterin an der Arbeiterklasse" hinstellen wollen, und die sich jetzt die Finger kramm schreiben, um zu beweisen, daß es an den Kommunisten liegt, wenn sie in Hamburg weiter mit den Bürgerlichen zusammen gegen die Arbeiterklasse regieren.

Sozialdemokratische Mörder

In diesen Tagen findet der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie statt. Auf diesem Parteitag in Wien wird die austromarxistische Führung versuchen, nach dem Zusammenbruch ihrer Politik vom 15. Juli, diesem schwarzen Freitag des österreichischen Proletariats, ihren alten "linken" Schwindel fortzuführen. Es trifft sich, daß gerade jetzt einige ungeheuerliche Tatsachen bekannt werden, die die Rolle der Austromarxisten am 15. Juli in ein besonderes Licht stellen. Breite Arbeiterkreise haben erkannt, daß am 15. Juli die Massen zusammengebrochen ist, es gebe einen besonderen österreichischen demokratischen Weg zur Macht für das Proletariat. Die sozialdemokratische Politik, die sozialdemokratische Wehrmacht zeigten sich als gefällige Instrumente der Regierung. Die SDG mit ihren 41 Prozent Stimmen zeigte sich vollständig ohnmächtig dem Angriff der österreichischen Bourgeoisie entgegenzutreten. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie zeigte sich nur fähig, die Machtmittel, die ihr verblieben waren, z. B. den Schußbund, gegen den spontanen Arbeiteraufstand einzusetzen. Es ist auch bekannt, daß die Sozialdemokratie dem Generalschritt als Mittel zur Aufertämpfung des österreichischen Proletariats benutzte.

Nicht bekannt war bisher die ungeheuerliche Tatsache, daß einige der wildesten Mordbesten am 15. Juli — organisierte Sozialdemokraten waren. Vor wenigen Wochen hat die österreichische Sozialdemokratie eine Strafanzeige gegen den Wiener Schützen Nr. 801 erstattet wegen seiner Mordtat am 15. Juli. Diese Anzeige sagt wörtlich:

... da trat der Wachmann 801, der mit etwa zwanzig Polizisten die Straße des Justizpalastes besetzt hielt, aus der Reihe, griff nach rückwärts, zog einen Revolver hervor, zielte auf Rudolf Jarjcek, der ihm den Rücken zugekehrt hatte, und schoss. Er traf den Hinterkopf des Rudolf Jarjcek. Der Wachmann 801 hatte nicht in Notwehr, hatte nicht über Befehl, hatte nicht zur Abwehr eines Verbrechens bei Gefahr im Verzug, sondern in einer Eingebung der Mordlust geschossen. ...

Dieser Wachmann Nr. 801 — er heißt Staffer — ist ein altes bewährtes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gewesen, wie jetzt bekannt geworden ist!

In einem anderen Teil der Strafanzeige ließ es gegen den Polizeikommissar Strobel:

Gegen 5 Uhr nachmittags wurde nahe dem deutschen Volkstheater durch den Schuß eines Polizisten ein etwa 5-jähriges Kind getötet. — Der Beschuldigte (Augenzeuge des Mordes) ließ sich hierauf dem Oberkommissar Strobel vorführen und verlangte auch von ihm die Nummer des Wachmannes, der das Kind erschossen hatte. Oberkommissar Strobel fragte unndächtig: "Ist der Bub tot?" Auf die bejahende Antwort erwiderte er: "Ist auch kein Schad' um ihn!" Unmittelbar darauf hörte der Mann, der die Beschwerde führte, im Weggehen, wie der Inspektor hinter ihm einem Beamten und 6 Wachleuten den Befehl zum Feuern gab. Er hatte, da im Augenblick weit und breit keine Demonstration zu sehen waren, den bestimmten Eindruck, daß er, der unbewusste Zeuge eines Kindesmordes, erschossen werden sollte. ... (Aus der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung vom 19. Juli.)

Jetzt wird bekannt, daß auch dieser Oberkommissar Strobel ein altes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Mit ihm bestrich die Partei vor dem 15. Juli alle Polizeistationen, er vermittelte wiederholt zwischen Parteivorstand und Polizeidirektion. Niemand anders als Julius Braunthal, der Chefredakteur einer sozialdemokratischen Zeitung in Wien, die die Strafanzeige gemacht hatte, mußte jetzt in einer sozialdemokratischen Sektionsversammlung am 25. Oktober diese ungeheuerlichen Tatsachen bekanntgeben.

Diese Tatsache muß man den sozialdemokratischen Arbeitern bekanntgeben und insbesondere den "Anken" Führern vorhalten, wenn sie für den austromarxistischen Schwindel jetzt wieder bei uns Reklame zu machen beginnen.

Zwei Filme

"Die tolle Lola" im Ufa-Palast zieht. Klischee Reklame und der verdorbene Geschmack des Publikums sorgen schon für ein volles Haus. "Die tolle Lola" ist ein Fabrikat, das Herrn Eichberg, der uns bereits mit "Arbeite und Trompetenbläsern", "Prinzessin Raditschen" und anderen beglückte. Kommentar ist eigentlich überflüssig. Diese "zu ungemessen beliebten Filme" haben nur einen Inhalt. Er besteht aus den Reinen und dem Publikum der Allan Harwen, um die eine Schar geiler Trottel herumzuwanzeln. Das alles wird mit einem kolossalen Aufwand von allen, womit man sich in jener Welt amüßert, gespielt: Theater, Kabarett, Grand Hotel, Karneval, Searree, Plie, Toiletten, Hemden und Höschen. Kirliche Situationen, eine eiserfüllige, in Pelz gewickelte, ideidige Göttin und Lilian Harwen in einer Doppelrolle sind nur ein Genuß für solche Leute, die sich selbst in diesem Film dargestellt finden, oder die Sehnsucht haben, so zu sein. Für uns kommt beides nicht in Frage. R. P.

"Die von der Straße leben"

In den MS-Lichtspielen läuft bis Dienstag der russische Film. Ein Werk des Sowkino in Leningrad. Mit jedem neuen Russenfilm haben wir gesehen, daß sie unergleichlich hoch über der bürgerlichen Filmproduktion stehen, daß wir von ihnen ein tiefes Erlebnis davontragen, als aus Arbeitern je das läppische Amüsement eines bürgerlichen Durchschnittsfilms geben kann. Der einfache Unterhalt ist der: Jene Filme sind für die bürgerliche, schon degenerierte Gesellschaftsgruppe gemacht, die Russenfilme aber für uns Proletariat. — "Die von der Straße leben" ist ein Film aus dem heutigen Rußland. Eine alltägliche Geschichte, eine Geschichte von Proletariern, die kein Klassenbewußtsein haben, noch indifferent sind, die den Verbotsen zumider handeln. Katja und Werka treiben, wie viele andere, verbotenen Straßenhandel. Katja ist ein gesundes, selbständig handelndes Mädchen. Sie kommt vom Land und verkauft Kefel auf der Straße. Werka handelt mit Porzellan. Werka ist anders. Ist so wie die Mädchen in bürgerlichen Schichten. Sie ist triebhaft, verleiht, oberflächlich und beinlichbar, ein hübsches, gutmütiges Mädchen, Zwan kann mit ihr machen was er will. Zwan ist ein sauler, kaltberechnender brutaler Mensch. Er sucht nur seinen Vorteil, ist ein unsoziales, die Allgemeinheit schädigendes Ele-

Belagerungszustand in Rumänien

Aufstand in Katalonien

Auf dem Balkan ist wieder einmal ein Feuer am Brennen. Aber auch in Spanien — Katalonien steht im Aufstand. Nach hier eingegangenen Meldungen haben 1500 Verschworene die Barole erhalten, sich in kleineren Trupps über die französisch-spanische Grenze zu begeben. Bis hierher hielt sie sich in verschiedenen Städten Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs auf. Der Aufstand soll von dem präsidenten Kreistat Andorra nach Katalonien vorgetragen werden. Im Besitze der Aufständischen befinden sich Waffen.

Katalonien ist seit Jahren der Herd einer starken Bewegung gegen die feudale Regierung Primo de Riveras und hat seine Ursache einmal in den nationalen Gegensätzen Kataloniens und zum anderen auch vor allem in dem Widerstand der Feudalindustrie des industriell fortgeschrittenen Kataloniens gegen die feudale, reaktionäre Diktatur Primo de Riveras. Auf Grund der bestehenden Gegensätze zwischen Frankreich und Spanien, vor allem durch die afrikanische Frage, wird die katalonische Bewegung von Frankreich mehr oder weniger unterstützt. Im Zusammenhang mit den kürzlichen Auseinandersetzungen Chamberlains mit Primo de Riveras erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die gegenwärtige katalonische Aufstandsbewegung mehr oder weniger von Frankreich inspiriert ist, um Primo de Riveras in Schwierigkeiten zu bringen.

Verhaftung von Bauern in Rumänien

Nachdem nicht nur in Bukarest, sondern auch in ganz Rumänien der Belagerungszustand verhängt worden sein soll, sollen auch Truppen konzentriert werden. Namentlich in Bessarabien, der Dobrußida und Siebenbürgen soll die katolische Bewegung Fortschritte machen. In Kischinew kam es zu bewaffneten

Zusammenstößen zwischen Bauern und den Behörden. 50 Bauern wurden verhaftet.

Der Ministerpräsident verteidigte in der Kammer die Verhaftung des früheren Staatssekretärs Manolescu und die Maßnahmen der Regierung. Der Führer der nationalen Bauernpartei Maniu trat ihm scharf entgegen. Die Regierung soll seine Verhaftung erwägen.

Niederlage der Opposition in Moskau

Gestern fanden in allen Bezirken Moskaus von vielen Tausenden besuchte Parteiverfammlungen statt, in denen die Arbeiter die vom 31. der KPEU angenommenen Thesen zu den Fragen der Tagesordnung des 15. Parteikongresses der KPEU, weiter den Beschluß über den Ausschluß der Genossen Trotski und Sinowjew aus dem 31. der KPEU einstimmig bestätigten. Die Reden der oppositionellen Genossen Kamenew, Katowitsch, Smilga usw. erregten überall, wie auch in der Versammlung der Moskauer Parteifunktionäre, allgemeine Entrüstung. In den Versammlungen nahmen insgesamt über 127 000 Personen teil, unter denen die Opposition nur 28 Stimmen aufbringen konnte.

Das heilige Hebel stellt den Betrieb ein!

11. Berlin, 28. Oktober. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus München: In Durchführung der Kundgebung der Reichstageskonferenz hat der Weihbischof der Diözese Regensburg der Theodor Reumann von Konnersreuth, deren Ekstas und dem Ortspfarren den dringenden und ersten Wunsch ausgesprochen, daß im allgemeinen kirchlichen Interesse und Gesundheit der "Theode" alle Empfänge eingestellt werden sollen. Diese kirchliche Warnung entsprach ganz dem persönlichen Wunsch der Beteiligten. Alle Besuche in Konnersreuth dürften demnach in Zukunft zwecklos sein.

300 Todesopfer beim Untergang der Masalda

Berlin, 29. Okt. (Ein. Drahtbericht.) Nach den neuesten Meldungen steht es jetzt fest, daß beim Untergang der Prinzessa Masalda über 300 Personen umgekommen sind. Die geringe Zahl der Vermissten, die erst angegeben wurde, erklärt sich daraus, daß die Geretteten doppelt gezählt wurden, wenn sie von einem auf ein anderes Rettungsschiff übernommen wurden. Die Sicherheitsposten wurden nicht geschlossen. Tugend Passagiere, die in die See gesprungen waren, wurden von Gattischen angefallen. Als die Masalda sank, erfolgte eine zweite Explosion, die die Trümmer des Schiffes auf die im Wasser befindlichen Personen warf. Das Meer war stellenweise rot gefärbt, es behrte von den Schreien der Verletzten. Die Familie erlitt durch die Passagiere der 1. Kajüte, die ohne Anordnung der Schiffsbefehlshaber begannen, die Rettungsboote Harzumachen. Der Kapitän ließ den Telegraphisten der Masalda in seiner Kabine einschließen, wie sein letzter Funkspruch lautet: "Ich weiß nicht, was um mich vorgeht, man hat mich in der Radio-Kabine eingeschlossen."

Ein deutscher Geretteter über die Katastrophe der Prinzessa Masalda

Neunort, 28. Okt. (11.) Nach hier eingetragenen Meldungen hat der von dem Dampfer Formosa bei dem Untergang der Prinzessa Masalda gerettete Direktor Volkoth des Tierparks Hagenbeck aus Hamburg erklärt, daß der Kapitän der Prinzessa Masalda für den Untergang des Schiffes verantwortlich sei, da er weiter gefahren sei, obwohl die Prinzessa Masalda schon von Barcelona an mit großen Kalchinesenwichtigkeiten zu kommen hatte.

Wie weiter bekannt wird, sollen im ganzen 308 Schiffbrüchige vermißt werden. Der Kapitän soll angeblich Selbstmord begangen haben.

Wetterdienst für den 29. und 30. Oktober. Zunächst lebhaft, später abkühlende Winde westlicher Richtungen. Vorwiegend heiter, sehr mild.

Für die leninistische Einheit der KPDG und der Komintern

Der Ausschluß von Sinowjew und Trocki aus dem 3. Kongress der KPDG...

In Zeiten der Schwierigkeiten der Sowjetmacht und der internationalen Revolution haben sie den Glauben an den Sieg...

Alle Vorschläge und Vorkläge der Opposition - die, je länger, desto stärker unter der Führung Trockis kam...

Nachdem die Gruppe Trocki-Sinowjew nach der letzten Verhandlung des Ausschusses aus dem 3. Kongress...

Einmal in den vorkrieglichen Gegenlag zur Politik der KPDG und der Komintern...

Der Ausschluß von Trocki und Sinowjew aus dem 3. Kongress...

Sie finden den Anfang bei der internationalen Bourgeoisie...

So hat Trocki tausendmal recht! - schreibt dieser Menschewist...

Der Menschewist erkennt also ganz richtig, daß Trocki, mag er auch glauben...

So wie die Fraktionsanhänger der Gruppe Trocki-Sinowjew in Deutschland...

Nur mit der Komintern, nur mit der Partei Lenins und in ihren festgelegten Kampfzügen...

Die Entwicklung hat dem 3. Kongress der KPDG und der bolschewistischen Partei...

Für uns ist kein Zweifel, daß die über Erwarten günstige Entwicklung der Sowjetunion...

Alle diejenigen, die bei der Auseinandersetzung in der KPD über die Fiskal-Maslow...

Die IAH-Delegation in Sowjetrußland

Von Erich Schumann, Dresden, zur Zeit Moskau

1. Reiseerlebnisse

Es war abends gegen sechs Uhr. Die internationale IAH-Delegation...

Vor dem Bahnhof war die Polizei. Sie regelte den Verkehr. Sie sorgte auch dafür...

Trotz dieser Maßnahmen waren eine große Anzahl Arbeiter mit zum Bahnhof gegangen...

18.52 Uhr verließ der Zug die Bahnhofshalle. Begleitet fangen die Delegierten...

Bevor wir die schwarz-roten roten Grenzpfähle passieren konnten, mußten wir uns...

Der Zug, mit welchem wir bis Warschau fuhren, war nicht gerade überfüllt...

Sporen und nachmalig sparen muß der polnische Staat überall dort, wo es nicht notwendig ist...

Das Wohnungsproblem in Polen, insbesondere in Warschau, ist groß. Ich selbst habe...

Vom Tage

Tödlicher Unfall

Leipzig. (Telunion.) Gestern gegen 11 Uhr ist in der verlängerten Neusüdlicher Straße...

Unfall im Eisenbahnbetriebe

Regensburg. Auf dem hiesigen Personenbahnhof wollte am Donnerstag vormittag...

Zu Tode gequetscht

Essen. (Telunion.) In einem Blindgänger der Jahre 1845/50, 51/52 und 53...

Das Urteil im Duisburger Mordprozess

Duisburg. (Telunion.) Im Mordprozess gegen den 26-jährigen Anwalt August Kasper...

Wolfsplage in Galizien

Pemberg. (Telunion.) In mehreren galizischen Kreisen wurden in letzter Zeit...

Ein deutsches Ehepaar unter den Gerechten von der Malaba

Rom. (Telunion.) In der ersten vom Verkehrministerum Torben veröffentlichten Liste...

Dampferunglück bei den Scilly-Inseln

London. (Telunion.) Nach den letzten Meldungen über das Dampferunglück...

beteln gehen, man kümmert sich nicht um uns. Die von Amerika unter schändlichen Bedingungen...

In Warschau hat bis 1923 eine russische Kirche gestanden, um die nationalitischen Intellektuellen...

Gegenwärtig geht der Kampf um die Erhaltung der russischen Kirche in Leipzig...

Ich mußte zurück zum Bahnhof, da der Zug nach Moskau weiterfährt, und hier erlube ich folgendes...

Matth, der Mitarbeiter, ist auch inzwischen eingetroffen. Er hat auch Warschau besucht...

Auch sind zwei tschechische Genossen angekommen. Die anderen zwei müßen auf Umwegen nach Moskau kommen...

Weiter fuhren wir von Warschau bis zur russischen Grenze. Hier abermals Bah- und Gepäckstreife...

Durch die Bahnhöfe von Berlin bis Wladiwostok waren wir alle sehr müde. Als dies die russischen Genossen erfuhr...

Das Zupersonal in Rußland untersteht sich schon rein äußerlich dem deutschen. Sie tragen und blaue Uniform...

Auf den verbleibenden russischen Eisenbahnstationen, die wir durchfahren, wurden wir von den Einwohnern...

Vertical text on the far left edge of the page, partially cut off.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.

★ 10 Jahre Sowjetunion ★

Der Aufstieg des Dorfes unter der Sowjetmacht

Das russische Dorf war unter dem Zarismus die Verhöhnung der ganzen Arbeit, Sklaverei, Unwissenheit und Feindschaft im Volkstum. Das russische Dorf war noch vor einem Vierteljahrhundert der härteste Rückhalt der europäischen Reaktion. Die 120 millionenköpfige Bauernmasse war vornehmlich das Reservoir, aus dem der Zarismus seine Armeen holte. Russische Bauern in zaristischer Uniform hatten die großen Kriege der Reaktion gegen die französische Revolution mitgemacht; sie standen 1848 als Rückendeckung hinter dem deutschen Imperium; sie setzten die ungarische Revolution, mit der die österreichische Reaktion nicht fertig geworden war, ebenfalls das russische Dorf, in dem der Hunger, Sterblichkeit und epidemisch waren, seit Jahrhunderten sich in Bauernrevolten Luft machte, waren die Bauern in Form von Aufständen zur Niederschlagung des „inneren Feindes“. Es war das historische Verdienst des Leninismus, schon in der Morgensonne der Arbeiterbewegung erkannt zu haben, daß das russische Proletariat — gemäß der alten marxistischen Lehre — nur im Bündnis mit der Bauernschaft in der Revolution siegen wird. 1917 kam die Bauernmasse in Bewegung unter der Parole: Land und Frieden! Im Bürgerkrieg, als es galt, selbst mit bewaffneter Faust den wohlhabenden Bauern die Getreideüberschüsse für die Rote Armee und die hungernden Städte wegzunehmen, wußten sich endlich die Differenzierungsprojekte zwischen der Dorfbourgeoisie und den armen Bauern. Die „Sowjetmacht“ (d. h. der Zusammenschluß des Stadtproletariats mit dem armen und mittleren Bauertum), ein der

altes waren. Die 25 000 Traktoren, die heute in der Sowjetunion arbeiten und zu denen jährlich weitere 5000 hinzukommen (von denen heute schon ein Viertel in den Fabriken der Union hergestellt werden), sind wenig gegenüber dem unerschöpflichen Bedarf des Landes, aber sie sind unendlich viel gegenüber dem Nichts, das die Revolution vorfand. Mit dem Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion wächst auch der Warenüberschuß der Landwirtschaft. Die Erweiterung der Warenproduktion der Bauernschaften bedeutet zugleich auch die Erweiterung des inneren Marktes der sozialistischen Industrie, bedeutet Verhängung der Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land. So erfüllt sich das Wachstum des Anbaues von Industriepflanzen und die Entwicklung der Viehzucht, die z. B. an Rindern und Schweinen den Vorkriegsstand bereits wesentlich überschritten hat.

Maschine oder eines Traktors dienen, bis zu den landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften (Kommunen usw.), in denen die ganze Produktion gemeinschaftlich durchgeführt wird. Wenn die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes auch einen Rückgang nach oben aufweist, so geht das Bestreben der Sowjetmacht nicht etwa dahin, die armen Bauern zu mitleiden und die mittleren zu reichern zu machen, sondern die Kollektivierung der Gesamtwirtschaft als Grundlage des Sozialismus ist das Ziel der Sowjetmacht.

Zahlenmäßig am stärksten sind die ländlichen Konsumgenossenschaften, die nicht nur den Warenverkehr von indus-

Die Sowjetmacht im Dorfe

Der zaristische Staatsapparat verkörperte sich für den Bauern in der Person der Landbesitzer, die aus ihm maßlose Steuern herauspreisten oder die Dorfbewohner auf Jahre hinaus als Knechtunter der zaristischen Armee zuführte. Der sowjetische Staatsapparat verkörpert sich für den Bauern in ihm selbst, d. h. in Form breiter Sowjetdemokratie. Der russische Bauer ist tatsächlich sein eigener Herr im Dorfe. Alle diejenigen, die sich einem russischen Sowjet als eine „ernannte“, über die Köpfe der Bauern hinweg regierende Körperschaft vorstellen, sollen sich einmal eine Wahlversammlung im Dorfe ansehen. Sie werden dort eine freimütige und rücksichtslose Kritik aller Mißstände, eine gründliche Aussprache über alle Maßnahmen der Regierung hören, sie werden sehen, daß die Wahl der Kandidaten für den neuen Sowjet und die Formulierung der Anträge, die ihnen mit auf den Weg gegeben werden, keine Formalie ist, sondern ein Produkt weitgehender Mitwirkung der Bauernmassen.

Um den Dorfsowjet gruppiert sich ein ganzes Netz von Organisationen, Kommissionen usw. für einzelne Arbeitszweige, durch die die Bauernschaft mit der Sowjetmacht verbunden ist. Diese Arbeitskommissionen und Dorfbewohnerversammlungen erfüllen jetzt schon den größten Teil der Bauernschaft. Charakteristisch für den Aufstieg des Dorfes ist, daß die Bäuerin, die unter dem Zarismus das rücksichtslose Element der ganzen Bevölkerung darstellte, sich immer mehr an der Sowjetmacht beteiligt. Im Jahre 1925/26 haben bereits 10,5 Prozent Bäuerinnen in den Dorfsowjets, die Delegiertenversammlungen der Bäuerinnen, die gegenwärtig über 300 000 Mitglieder zählen, bilden die Schule, wo die Bäuerin zum Klassenbewußten Mitglied des Dorfsowjets erzogen wird. Ein bedeutender Faktor zur politischen Erziehung der Bauernschaft ist ferner die Ausbildung in der Roten Armee. Der kommunistische Jugendverband, der auf dem Dorfe verhältnismäßig früher in den Vordergrund tritt als die Partei, kämpft für die wirtschaftliche sowie die kulturelle Erziehung des Dorfes.

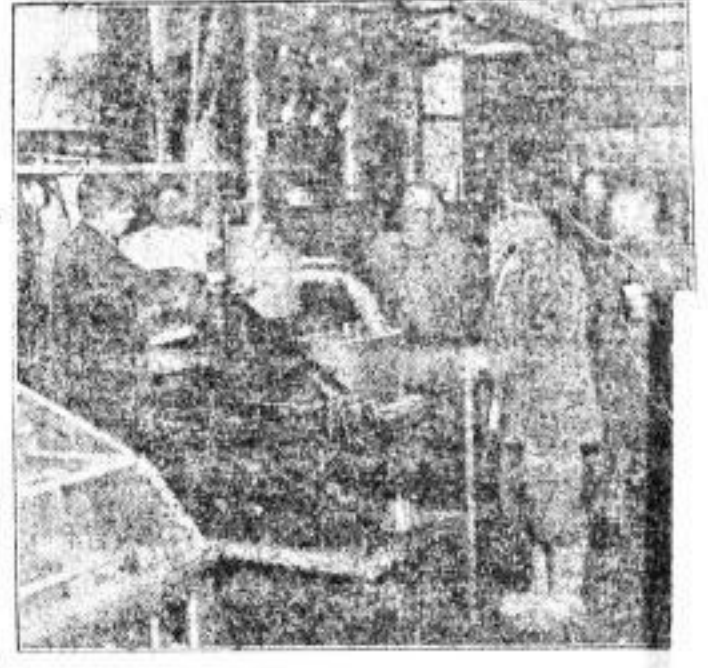
Der Kampf mit dem Kulkak

Die Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft geht notwendigerweise Hand in Hand mit einem inneren Klassenkampf im Dorfe. Die Oktoberrevolution hat den wohlhabenden Bauern soviel Boden zur Kapitalisierung überlassen, wie ein Erwerbender ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft zu bearbeiten vermag. Nach Einführung der KAP wurden die ursprünglichen Bodenbenutzungsrechte in dem Sinne erweitert, daß Bodenarbeit in beschränktem Maße zugelassen und auch die Verpachtung des Bodens für bestimmte Zeit gestattet wurde. Die Oktoberrevolution vermochte natürlich nicht, auf dem Wege der Gesetzgebung allein die „Gleichheit“ aller Bauern durchzuführen und den Dorfbewohnern den Garaus zu machen. Die Bodenreform allein genügt nicht, um die Dorfbewohner, die im Besitz von Arbeitskraft, Geräten usw. waren, daran zu hindern, das Nutznießungsrecht am Lande auszuüben. Der Staat versucht, den armen Bauern durch Subventionen an sich zu ziehen und dafür das Nutznießungsrecht über seine Grenze in die Hand zu bekommen. Dadurch soll der arme Bauer gezwungen werden, seinen Landanteil, der ja nach der Katastrophalentwicklung der Sowjetunion unerschöpflich ist, an den Kulkak möglichst billig zu verpacken und zugleich seine Arbeitskraft zu einem Subsidium dem Kulkak zur Verfügung zu stellen.

Obwohl die Kulkakwirtschaften prozentual, im Vergleich mit dem allgemeinen Wachstum des Wohlstandes des Dorfes sich unbedeutend entwickeln, so stellt die Kulkak-Schicht, von der die Opposition in der KAPU, so viel redet, eine Frage dar, der die Sowjetmacht die größte Aufmerksamkeit widmet. Die Sowjetmacht kämpft gegen die Kulkakgefahr 1. durch Entziehung des Wahlrechts, 2. durch starke Belastung der Kulkak durch Steuern und 3. durch direkten Schutz der mittellosen Bauernschaften vor Ausbeutung. Das Steuerwesen ist derzeit, das es 25 Prozent der Bauernwirtschaften völlig von jeder Steuer befreit, 60 Prozent — also die halbwürdigen und die Hauptmasse der mittleren Bauern — mit Steuerlasten von 3 bis 6 Prozent des Einkommens belastet, die 15 Prozent der wohlhabenden Wirtschaften aber mit 9 bis 24 Prozent (bei den eigentlichen Kulkak 20 bis 24 Prozent) belastet und so summiert, einen bedeutenden Teil ihres Einkommens der Sowjetmacht für ihre Tätigkeit zur Unterstützung der inneren Schichten des Dorfes zur Verfügung zu stellen. Die „Komitees für neuezeitliche Güter“, deren Zahl bereits 50 000 überschritten hat, sind fast in allen Dörfern der Union zu finden.

Die Genossenschaften

Im Kampfe gegen die Kulkak sind schließlich von ausschlaggebender Bedeutung die Genossenschaften. Genossenschaftliche Organisationen verschiedener Art helfen dem armen und mittleren Bauern Produktionsmittel, die er aus eigener Kraft nicht kaufen könnte, anzuschaffen. Traktoren werden z. B. von den Genossenschaften den armen Bauern gegen eine Anzahlung von 16 Prozent und jährliche Ratenzahlungen zur Verfügung gestellt. Es gibt verschiedene Arten solcher Genossenschaften: solche, die nur der kollektiven Anschaffung einer



Propagandaexposition landwirtschaftlicher Maschinen

kräftigen Bedarfsartikeln vermitteln, sondern auch dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte dienen. Die Genossenschaft sind die Organe, mit Hilfe deren der Staat die Verwirklichung dem Privatbesitz und den Profitten der Dorfbourgeoisie entzieht. Die Entwicklung dieser Genossenschaft zeigt folgendes Bild:

	1. 10. 1924	1. 10. 1925	1. 10. 1926	1. 10. 1927
Zahl der Vereine	21 023	21 028	26 000	28 000
Zahl d. Verkaufsstellen	22 727	36 397	41 856	46 04

Der kulturelle Aufstieg

Das russische Dorf ist auch in kultureller Hinsicht von Sowjetmacht zu neuem Leben erweckt worden. Nach 10 Jahren Analphabetismus, dieses verfluchte Erbe aus der Zarenzeit, nicht reiflos laubiert, aber ein Netz von „Punkten zur Erziehung des Analphabetismus“, von „Dorfschulen“, von Bibliotheken und Bildungsanstalten verschiedener Art überzieht das Land. Eine ganz neue Form der Bildung arbeitet auf dem flachen Lande sind die Schulen der Bauernjugend, die eine Verbindung von allgemeiner Schule und landwirtschaftlicher Spezialschule sind. Allein der KAPU gibt es über 10 000 landwirtschaftliche Ziti-

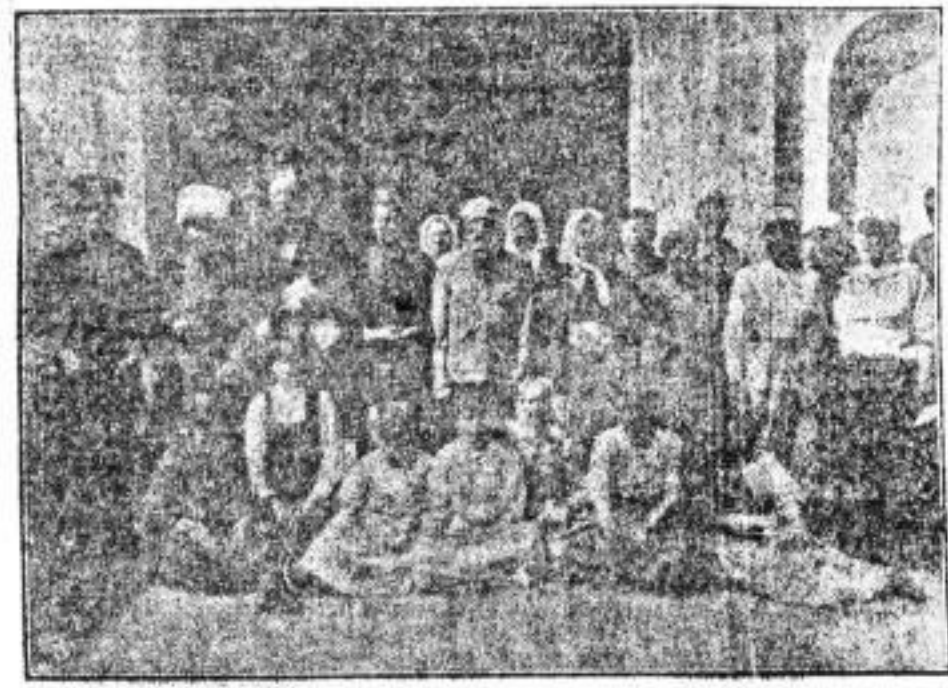


Dortpropaganda gegen den Alkohollismus

Eine Erneuerung in der russischen Presse sind die Bauernzeitungen der Sowjetunion. 1925 gab es 143 Bauernzeitungen mit einer Auflage von 1 677 930. Der Staat von Dorfkorrespondenten, die in den Bauernzeitungen schreiben, ist ein Teil der großen Armee der Klassenbewußten Bauern, die für das neue Dorf kämpfen. Elektrifizierung, Radio und Bildung ist das Sinnbild des neuen Dorfes.

Einmal waren der Bode und der Schnaps die besten Verbündeten der Kulkakwirtschaft. Die antireligiöse Propaganda, die hauptsächlich von der kommunistischen Jugend betrieben wird, verliert bereits ihre Kräfte. Schon seitlich hier und dort die Bauern, die für die Kollektivierung des Landes mehr übrig haben (in Sowjetrußland gibt es keine Kirchensteuer, die Gläubigen müssen selbst ihre Kirchen erhalten), die Kinder veranlassen sie in Clubs. Die Macht der Trunkucht, die in der Epoche der Sklaverei der einzige Trost der Bevölkerung war, wird gebrochen durch weitgehende Aufklärung.

Das russische Dorf, das zur Zarenzeit infolge der Seuchen und heillosen Mangel an Opium an der Spitze der Sterblichkeitsliste in Europa stand, erlitt durch die Sowjetmacht, die Sowjetmacht trug Antibakterien, Krankenhäuser, Röntgenapparate, Kinderkrippen und Erholungsheime auf das flache Land. Auf dem Lande werden Zahnkliniken eröffnet. Im früheren Zarenreich Lepra und an anderen Orten der Krümmer Bauernwirtschaften eingerichtet. Die Preise dieser Reformanstalten sind nicht mehr vorhanden sind und daß die Sterblichkeitsliste immer mehr zurückgeht.



Ein Bauernkongreß der USSR.

wichtigsten Gebote Lenins, verhofft der proletarischen Revolution zu ihrem endgültigen Siege. Die Kolchosal und Demkol, Ertrag, Mähdre und wie die Weltanschauung alle diesen, zeigen der Masse der Bauern anschaulich, was die Sowjetmacht für sie bedeutet, und bestimmen sie, sich aufs engste um die Sowjetmacht zu gruppieren.

Die erste Tat der Sowjetmacht in der Bauernfrage war die Rationalisierung des Grund und Bodens. Im berühmten Dekret, das am 2. Uhr nachts am 28. Oktober 1917 (alten Datums) vom II. Sowjetkongreß angenommen worden war, wird proklamiert:

„Der gesamte Grundbesitz wird unverzüglich ohne jede Rücksicht aufgehoben. Die Güter der Großgrundbesitzer sowie Spannen, Rindern und Küstern mit ihrem gesamten Inventar und lebenden Inventar gehen in das Verfügungsrecht der Agrarkommission der Gemeinde- und Bezirkssovjets über.“

Vor der Revolution besaßen 150 000 adlige und kirchliche Großgrundbesitzer 35 Prozent des Grund und Bodens, 120 Millionen Bauern besaßen 65 Prozent des Bodens, von dem über die Hälfte in den Händen der Kulkak, der dörflichen Bourgeoisie, lag. Die proletarische Revolution hat den alten Traum der Bauernschaft nach mehr Land befreit. Ferner: Vor dem Kriege mußte die Bauernschaft den Junkern für die Bodenbenutzung jährlich 650 Millionen Rubel, dem Zarenstaat an Steuern jährlich 1450 Millionen (dreimal so viel als jetzt dem Sowjetstaat) entrichten. Aus dem Broterford der Bauern kamen jene 13 Milliarden Rubel Getreide (pro Kopf des Bauern rund 100 Kilogramm), die in durchschnittlichen Getreidejahren vor dem Kriege mehr aufgeführt wurden als jetzt. Obwohl die russische Landwirtschaft heute die gleichen Erträge liefert wie vor dem Kriege, führt Zustand nur den dritten Teil der Getreidemenge der Zarenzeit aus.

Die Agrarrevolution schuf die Voraussetzungen für die Erhebung und Weiterentwicklung der Landwirtschaft. Das Vorkriegsniveau ist bereits erreicht. Aber nicht genug damit: Vor der Revolution gab es moderne Produktionswerkzeuge, Maschinen usw. nur auf den Gutshöfen der Junker. Heute noch leidet die Bauernwirtschaft der USSR, unter der Rückständigkeit der Produktionsmittel, noch findet man, von schätzlichen Gebieten gar nicht zu sprechen, in Nordrußland Dörfer, deren Pläne nach europäischen Begriffen im Mittelalter schier ver-



In der „Lesehütte“ des Dorfes.



29. Oktober 1923: Oberst löst sächsische Regierung mit Waffengewalt ab. — 1918: Revolution in Wien und Budapest. — 1905: Höhepunkt des politischen Streiks in Russland.

Zur die gemäßigten Notstandsarbeiter

Sozialdemokraten verhindern Schlussberatung
Am Schluss der Stadtverordnetenversammlung wurde folgender, von Genossen Werner eingebrachte Dringlichkeitsantrag begründet:
„Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, das Fürsorgeamt anzuweisen, allen Notstandsarbeitern, die von der Firma Bucher u. Jenitz — Baustelle Niederwartha — am 18. Oktober fristlos entlassen wurden, die Fürsorgeunterstützung rückwirkend zu gewähren.“

Es handelt sich in diesem Falle um die skandalöse Entlassung der 120 Notstandsarbeiter in Niederwartha, weil sie mit einem bonerischen Koling, der einen Kollegen verprügelt, nicht mehr zusammenarbeiten wollten. Wir haben darüber schon ausführlich berichtet. Die Gemäßigten erhalten keine Erwerbslosenunterstützung, ja, am Anfang wurde ihnen sogar die Fürsorgeunterstützung verweigert. Erst auf Eingreifen der kommunalistischen Stadtverordneten wurde dieselbe bewilligt. Da inzwischen eine Reihe Tage vergangen und die Entlassenen in äußerster Not sind, wurde von unserer Fraktion die Bewilligung der Fürsorgeunterstützung rückwirkend verlangt. Der Antrag wird an den Verwaltungsausschuss verwiesen, da kein Antrag auf Schlussberatung vorliegt. Ein solcher Antrag kann geschäftsmäßig nur von einer anderen Partei, und nicht von derjenigen, die den Dringlichkeitsantrag gestellt hat, verlangt werden. In diesem Falle wären die Sozialdemokraten dazu verpflichtet gewesen, sie taten es aber nicht und sorgten so auch hier mit dafür, daß der Antrag im Ausschuss begraben wird. So sieht die vielgerühmte Realpolitik der SPD in den Kommunen aus!

Mobilisierung der roten Klassenarmee

Gestern Abend fand in den überfüllten Annenbänken der Stadtbildersaal über: „Die Rote Armee“ statt. Umrahmt wurde derselbe mit Rezitationen und Schalmierenkonzert. Die überaus starke Sympathie für die Rote Armee machte sich in mächtigen Beifallsstürmen bemerkbar. 16 RAB, 7 RZ, 3 RAB, Mitglieder und 10 Zeitungslieferer wurden geworben! Die Kundgebung der 2. Abteilung des RAB war ein guter Auftakt für die Jahreshesfeier am 6. November im Jirtus.

Kritik am Rundfunk

Uns wird geschrieben: Immer wieder muß festgestellt werden, daß der Rundfunk auf die Arbeiterschaft recht wenig Rücksicht nimmt. Die Leitung der „Mira“ scheint nicht zu wissen, daß sich über 90 Prozent ihrer Hörerschaft aus Arbeitern zusammensetzt. Die Leitung hat jetzt wieder eine Nummer eingeleitet. Sie brachte am 15. Oktober von 16—17,25 Uhr „Aus dem Schachfüßlein für die Jugend“ an Stelle des sonst üblichen Nachmittagskonzertes. Der Sonnabend ist gerade der Wohntag, an dem es dem Arbeiter möglich ist, musikalische Vorlesungen hören zu können. Ebenso fängt man Dienstags das Konzert um eine halbe Stunde und bringt den Frauenfunk, der doch meistens recht langweilig und vor allen Dingen unseren Arbeiterfrauen recht nichtssagende Vorträge bietet. Solche wertvolle Vorträge soll man lieber ganz unterlassen. Ähnlich ist es bei den Sonntagsnachrichten. Man unterbrach am 17. 10. 20 Minuten vor 18 Uhr das Nachmittagskonzert und gab landwirtschaftliche Nachrichten. Dies kann man zu gelegenerer Zeit bringen. Welche Absicht hat man dabei? Für die Masse ist der Rundfunk da, und wenn gerade mal ein Vortrag durchgegangen wird, der voraussichtlich die Masse interessiert, dann verschweigt man dies. Alle Arbeiter müßte der Vortrag interessieren: Kindologie der Arbeiterdichter. Fürchtet sich die Leitung der „Mira“ vor den wenigen bürgerlichen Hörern, dem Gros der Arbeiterschaft einmal etwas Gutes zu bieten? Es möchte hier bald ein Wandel eintreten.

Das Planetarium auch am Reformationstag geöffnet. Wie das städtische Verkehrsamt mittelst, findet am Reformationstag genau wie an Sonntagen außer den beiden Nachmittagsvorführungen um 16 und 17,30 Uhr der 19-Uhr-Vortrag über den Planetenreigen statt.

Wanderausstellungen des Deutschen Hygienemuseums. In Gemeinschaft mit den Gesundheitsämtern der betreffenden Städte veranstaltet das Deutsche Hygienemuseum in der nächsten Zeit eine Sonderausstellung in Nürnberg vom 3. bis 27. November und in Elbing vom 15. bis 27. November. Am Sonnabend wird in Darmstadt eine Ausstellung des Deutschen Hygienemuseums „Der Mensch in gefunden und kranken Tagen“ eröffnet, die bis zum 4. Dezember dauern wird.

Verkehrsvereinfachung auf dem Postplatz. Einer Anregung des städtischen Verkehrsamtes entsprechend, hat sich die Oberpostdirektion dazu entschlossen, zur Vereinfachung der Auslieferung von Postsendungen (Briefe u. a.) zunächst versuchsweise einen großen Briefkasten an dem Gambirius-Stadtrestaurant anzubringen, der vormittags zweifach, nachmittags stündlich geleert werden soll. Voraussetzung dabei ist, daß zur Vereinfachung und Beschleunigung des Briefabfertigungsdienstes alle Mailen auf Lieferungen weiterhin unmittelbar zum Postamt gebracht werden.

Gelpeert. Wegen Kleinstempfschloßung wird die Wartburgstraße zwischen Litzmann- und Markgraf-Heinrich-Straße vom 1. November ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahrverkehr gesperrt.

Verkehrsverbesserung auf den Kraftomnibuslinien A und E. Vom Sonnabend dem 29. Oktober an wird auf der Kraftomnibuslinie A zwischen Neustädter Bahnhof und Postbau, Hermannsdorfer Straße, „versuchsweise“ die Wagenfolge verdoppelt. Demnach verkehren auf diesem Streckenteil die Wagen von Beginn bis gegen 8 Uhr aller fünf Minuten, dann bis gegen 12,30 Uhr aller 7½ Minuten, dann bis gegen 20 Uhr wieder aller 5 Minuten, und bis zum Betriebschluss wieder aller 7½ Minuten. Sonntags wird die Wagenfolge von etwa 10,30 bis 12 Uhr auf 7½ Minuten und von dem Betriebschluss auf 5 Minuten verdichtet. Von der Ausführung wird es abhängen, ob die dichte Wagenfolge beibehalten werden kann. — Vom gleichen Tage an wird auf der Kraftomnibuslinie E wertags die Wagenfolge in der Zeit von 16 bis 19 Uhr von jetzt 30 Minuten auf 20 Minuten verdichtet. Die Wagen fahren im 20-Minutenverkehr ab Hauptbahnhof mit den Minutenzahlen 4, 24 und 44, und ab Weißer Hof mit den Minutenzahlen 12, 32 und 52. — Der Versuch wird auf einige Wochen erprobt. Endgültige Regelung bleibt dem Winterfahrplan vorbehalten.

Günthbad. Montag den 31. Oktober d. J. (Reformationstag) bleiben sämtliche Abteilungen des Bades geschlossen. Am Sonntag dem 30. Oktober d. J. sind alle Abteilungen des Bades,

Die SPD fordert sofortige Einführung des Achtstundentages der Straßenbahner

In der am Donnerstag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurden nach der „Erledigung“ des Punktes „Führer“ zwei Dringlichkeitsanträge, den Achtstundentag für die Straßenbahner betreffend, behandelt. Die Tribünen waren von Straßenbahnern dicht gefüllt. Zur kommunistischen Fraktion sprach Genosse Lade (Betriebsrat bei der Straßenbahn). Er zeigt an Hand einer Fülle von Material, wie bei den Straßenbahnen sich die durchgeführte Rationalisierung zum Schaden der Gesundheit des Straßenbahnerpersonals auswirkt. Durch diese Maßnahmen wird die Fahrtsicherheit herabgemindert. Der Schiedsspruch ist ein Hohn auf die Arbeiter. Wir fordern den Austritt der Stadt aus dem Arbeitgeberverband, um diese Fragen selbständig regeln zu können. In vielen anderen Städten Deutschlands ist die Arbeitzeit, die in Dresden 9 Stunden beträgt, bedeutend kürzer. Die strenge Kontrolle der Direktion gleicht einem mißrätlichen Drillsystem. Genosse Werner stellt noch den Zusatzantrag:

Für alle städtischen Arbeiter 30 Markt Wirtschaftsbetriebe zu gewähren, sowie bei den Straßenbahnen selbständig und sofort den Achtstundentag, einschließlich der Vorbereitungs-, Wend- und Abfahrlzeiten, einzuführen.

Die bürgerlichen Parteien heucheln bei dieser Gelegenheit Arbeiterfreundlichkeit. Sie erklären, die Not anzuerkennen und für Abhilfe bereit zu sein. Doch diese Ausführungen nur leere Redensarten waren, zeigte sich sofort, als in die Abstimmung eingetreten wurde. Alle bürgerlichen Parteien stimmten dem sozialdemokratischen Antrag einstimmig zu, der „den Rat ersucht“, den Achtstundentag einzuführen. Unter diesbezüglicher Antrag wurde, wie wir gestern schon mitteilten, gegen die Stimmen der bürgerlichen angenommen. Jungstimmten hatten die Sozialdemokraten und zwei Aufwarter. Der Antrag betreffs Wirtschaftsbetriebe wurde gegen mehrere Stimmen dem Verwaltungsausschuss überwiesen. Die dem Arbeiterverbandsantrag stimmten beiseitendweise die Sozialdemokraten zu. So sorgen sie mit den bürgerlichen Parteien für Verschönerung! Jetzt muß der Rat gezwungen werden, sofort bei den Straßenbahnen den Achtstundentag durchzuführen!

Die Straßenbahner kampfbereit

Vom Verkehrsband wird uns geschrieben: Wir berichten vor einigen Tagen über den Kampf des Straßenbahnerpersonals zwecks Abschluß eines neuen Montartarifvertrages und wiesen dabei auf das Vortreiben des Arbeitgeberverbandes hin.

wie an allen Sonntagen, von 8 bis 13 Uhr geöffnet. Kassen-schluss für Schwim- und Hundebad 11 Uhr, für die übrigen Abteilungen 12 Uhr. In beiden Schwimmhallen Familienbad. Die beiden Schwimmbäder sind täglich für Damen und Herren geöffnet.

Elternvereingung zur Förderung der weltlichen Schule. 7. 11. und 30. Volkshochschule, Montag den 31. Oktober 7 Uhr. Stellen zur Heilwiederung Königbrüder Plan. — Mittwoch den 2. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Opellstraße 12, st. Lichtbildvortrag über Arbeitsschule. Vortragender: Herr Lehrer Forsting. Gäste und Freunde der weltlichen Schule sind dazu besonders willkommen.

Verkehrsunfall. Freitag vormittag stieß auf der Marienbrücke eine Autodrolche mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Dabei wurden die Insassen des Autos, eine Frau und ihr Kind verletzt.



Wer stets empor zum Himmel schaut, dem wird sein letztes Geld geklaut!

Wochenplan der Volksbühne

Opernhaus:
Sonntag 30. 10. Janny spielt auf. Montag 31. 10. Othello. Dienstag 1. 11. Joseph in Ägypten. Nr. 5802—5829. Mittwoch 2. 11. Janny spielt auf. Nr. 5830—5870. Donnerstag 3. 11. Wida. Freitag 4. 11. Sinfoniekonzert. Sonnabend 5. 11. Coifant tulle. Nr. 1—110. Sonntag 6. 11. Janny spielt auf. Nr. 5977—6023. Montag 7. 11. Die Boheme.
Schauspielhaus:
Sonntag 30. 10. Prinz Friedrich von Homburg. Nr. 4508—4687. Montag 31. 10. Faust. Dienstag 1. 11. Anna von Bernheim. Nr. 4688—4777. Mittwoch 2. 11. Die Hermannsdorfer Hochzeit. Nr. 4778—4862. Donnerstag 3. 11. Ein idealer Gatte. Freitag 4. 11. Doner-Calais. Nr. 4863—4897. Sonnabend 5. 11. Ein idealer Gatte. Sonntag 6. 11. Ein idealer Gatte. Nr. 4974—5118. Montag 7. 11. Die Jungfern vom Bilsdorsberg. Nr. 4898 bis 4973.
Die Komödie:
Von Sonntag den 30. 10 bis Montag den 7. 11. Spiel im Schloß. Sonntag 30. 10. Nr. 3281—3320. Montag 31. 10. Nr. 3321—3380. Dienstag 1. 11. Nr. 3381—3430. Mittwoch 2. 11. Nr. 3431—3480. Donnerstag 3. 11. Nr. 3481—3530. Freitag 4. 11. Nr. 3531—3590. Sonnabend 5. 11. Nr. 3591—3630. Sonntag 6. 11. Nr. 3631—3670. Montag 7. 11. Nr. 3671—3740.
Albert-Theater:
Sonntag 30. 10. Der Clown Gottes. Nr. 2101—2200. Montag 31. 10. Zweimal ist fünf. Nr. 2201—2300. Dienstag 1. 11. Der Jahrmärkt in Palsnik. Nr. 2301—2400. Mittwoch 2. 11. Der Clown Gottes. Nr. 2401—2500. Donnerstag 3. 11. Zweimal ist fünf. Nr. 2501—2600. Freitag 4. 11. Der Patriot. Nr. 2601—2700. Sonnabend 5. 11. Der Clown Gottes. Nr. 2701 bis 2800. Sonntag 6. 11. Die Fahrt ins Blaue. Nr. 2801—2900. Montag 7. 11. Jahrmärkt in Palsnik. Nr. 2901—3000.
Das dritte Sinfoniekonzert findet Mittwoch den 9. November statt. Beginn der Konzerte um 20 Uhr, wie in allen Tages-

die ohnehin schon lange Arbeitszeit noch zu verlängern. Krankenlohn, Urlaub um zu verschlechtern. Das Dresdner Arbeiterpersonal hatte in den letzten Verhandlungen in einer Entschiedenheit den Arbeitgeberverband und den Schlichter erlucht, auf die Eigenart des Straßenbahnerpersonals Rücksicht zu nehmen. Der vom Reichsarbeitsministerium gekürter Schlichter, Ministerialrat Dr. Wagner, hat sich über alle Bedenken hinweggesetzt und am 24. Oktober einen Schiedsspruch gefällt, der von keiner Sachkenntnis getrübt ist. Abgesehen von den übrigen Paragraphen des Mantelvertrages, die sich teils die alten gebühren sind, bedeutet der Schiedsspruch über die Arbeitszeit geradezu eine Verhöhung der Straßenbahner. Er bringt eine Verlängerung der Arbeitszeit und trotz Verlängerung derselben auch noch eine Verminderung des Einkommens. In zwei am Donnerstag morgen und Donnerstag Abend überfallenen Versammlungen des im Deutschen Verkehrsband organisierten Straßenbahnerpersonals im großen Saale des Dresdner Volkshauses gab Kollege Kose ausführlich Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichter. Schon während des Berichtes wurde Kollege Kose von den Versammelten durch kühne Zurufe unterbrochen. Nachdem Kollege Kose zum Schluß die Ablehnung des Schiedsspruches empfohlen hatte, kam die Empörung der Teilnehmer in der Diskussion recht deutlich zum Ausdruck. Die Versammelten lehnten in beiden Versammlungen einstimmig die Annahme des Schiedsspruches ab. Sie gelobten, alles daran zu setzen, um diesen Schiedsspruch umzuwerfen zu machen.

In der Abendversammlung wurde gleich eingangs der Versammlung eine 3gliebrige Kommission gewählt, die den Antrag erhebt, mit den Stadtverordneten der linksstehenden Parteien in Fühlung zu treten, damit sich erst das Stadtverordnetenkollegium noch am demselben Abend mit der Angelegenheit beschäftigen konnte. Die Erklärungsfrist ist für beide Parteien auf Dienstag den 1. November festgesetzt. Wahrscheinlich werden nunmehr nochmals Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium stattfinden, und von dem Verhalten der Arbeitgeber und dem Ausgang der Verhandlungen wird es abhängen, ob der Wirtschaftsfrieden gewahrt bleiben kann, oder ob zu Kampfmaßnahmen übergegangen werden muß.

Plänen bekanntgegeben ist. Die Konzertgastliste haben für die ersten drei Konzerte Gültigkeit. Für das dritte Sinfoniekonzert (Wagner-Abend) können Gutscheine nur in beschränkter Zahl geliefert werden.

Vauquy. Sonntag den 30. Oktober findet im Galthof Stens das Soermus-Konzert statt. Einlaß 10 Uhr, Anfang 20 Uhr. Eintrittspreis 80 Pf. Im Interesse eines jeden selbst wird zahlreicher Besuch erwartet.

Heidenau. Der Schulverein Heidenau veranstaltet am Dienstag dem 1. November 20 Uhr im Schützenhaus eine öffentliche Einwohnerversammlung, in der Lehrer Weise, Heidenau, über das Thema: „Die Verschönerung des Heidenauer Schulwesens durch den Reichsschulratspräsidenten“ sprechen wird. Im Hinblick auf die Bedeutung dieses Themas für die Öffentlichkeit werden alle Eltern und Erzieher, die für weitere Kinder die bestmögliche Bildung und Erziehung wünschen, gebeten, die Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß in der Aussprache jeder Gelegenheit hat, seine etwa abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Thornau. Soermus-Konzert am Montag dem 21. Oktober, 20 Uhr, im Stadtbld Thornau. Versäume niemand, die sich bietende Gelegenheit am Ort zu nutzen. Eintrittskarten sind bei allen Funktionären der SPD und RY erhältlich. Zeitiges Kommen führt guten Plan.

Dippoldswalde. Der Gelangverein Niedertrautz (Mitglied des DRSB) veranstaltet morgen Sonntag den 30. Oktober anlässlich seines 50jährigen Bestehens im Tanzsaal Schützenhaus ein Festkonzert. Dabei wird die beliebte Tamara Kräutlein Johanna Günther von der Oper Dresden mit Anfang 20 Uhr. Eintritt 80 Pfennig. Der Abend verspricht einige angenehme Stunden zu bieten.

Kamenz. (Verkehrsunfall) Auf der Dorfstraße in Kamenz verlor gestern vormittag das 4jährige Kind eines Steinarbeiters nach im letzten Augenblick vor einem nahenden Postauto über die Straße zu kommen, wurde jedoch vom Wagentrit und durch den Anprall getötet.

Rundfunk

Sonntag den 30. Oktober:
Hans-Fredow-Schule.
12—12,30 Uhr: Vortragsreihe: „Die Heilkräfte und mittlere Handels- und Gewerbebetriebe“ gehalten von Dipl. oec. Theo Kromer unter Mitwirkung von Fräulein Referendar Berthold. 3. Vortrag: (Die Teilnehmer können ihre Arbeiten dem Vortragenden zur Korrektur einbringen).
12,30—13 Uhr: Vortragsreihe: „Darwins Theorie und die Abhängigkeitslehre im Lichte der modernen Wissenschaft.“ 4. Vortrag: Prof. Dr. Hempelmann vom Zoologischen Institut der Universität Leipzig: „Die vergleichende Entwicklungsgeschichte.“
15,30 Uhr: Nachrichten aus den Wochenereignissen.
16,30 Uhr: Konzert.
Hans-Fredow-Schule.
18,30—19 Uhr: Dr. Arin Reuter: Einführung in das bewusste musikalische Hören auf Grund der primitiven Methode „Tonita-Po.“ 3. Vortrag: 2. Stufe: Erarbeitung des Dornmannklanges. Unter Beihilfe eines Akkordenten.
19—19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Grundlagen der Religionsphilosophie.“ 2. Vortrag: Prof. Dr. Th. Ziehen, Rektor der Universität Halle: „Entwicklung der Gottesvorstellung bei primitiven Völkern.“
19,30—20 Uhr: Vortragsreihe: „Tom Werden des deutschen Gutes.“ 4. Vortrag: Frau Doz. Dr. Werner-Schönigk: „Die deutsche nachreformatorische Arbeit des Geistes.“
20,15 Uhr: Hörspiel: „Zygenen. Ein Schauspiel von Wolfgang von Goethe.“
22,30 Uhr: Sportfunk.
23 Uhr: Tanzmusik (Übertragung aus Berlin).
Montag den 31. Oktober:
11,30—12,55 Uhr: Reformationstheater.
16,30—18 Uhr: Orchesterkonzert.
18,05—18,30 Uhr: Dr. Kurt Martens: „Paul de Lagarde zu seinem 100. Geburtstag.“
18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studentat Friedel und Rektor Mann: Englisch für Ausländer.
19—19,00 Uhr: Vortragsreihe: „Wanderungen durch unsere Heimat.“ 18. Vortrag: Max Feilbig-Poulsen: „Die Lutherstadt Wittenberg.“
19,30—20 Uhr: Dr. A. Henk: „Luthers „Eine feste Burg“ in geistlich-musikalischer Fassung.“
20,15 Uhr: Werke für Kammerorchester.
22,15—24 Uhr: Unterhaltungsmusik.
22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

★ Aus der Oberlaufitz ★

Fabrikfeuerwehren

Merorts findet man Feuerwehren, und oft kann man sich von ihrer legendären Tätigkeit überzeugen. Trotzdem leistet fast jede größere Firma eine eigene Feuerwehr. Unter dem Deckmantel der Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft werden die Feuerwehrleute gegen ihre eigenen Arbeitskollegen eingesetzt. Die reaktionären Direktoren haben das größte Interesse daran, zu wissen, welche Maßnahmen die Arbeiter bei Lohnforderungen usw. ergreifen wollen, damit sie sofort Gegenmaßnahmen ergreifen können. Aber die Klassenbewusste Arbeiterschaft wird diesen Herren nichts auf die Nase binden, und so müssen denn die Feuerwehrleute die Spitzdienste leisten. Dafür werden sie von den Herren anderweitig schädlich gehalten. Da kommt es denn auf ein Glas Bier oder einen Schnaps oder ein paar dicke Zigarren mehr oder weniger nicht an. Gewöhnlich werden die schönsten Arbeitsplätze in den betreffenden Betrieben durch Feuerwehrleute besetzt, damit sie schon von vornherein dem Arbeitgeber gegenüber zum Danke verpflichtet sind. Das ist dann ein willkürliches Vorgehen in der Hand der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft, wird wohl jedem bekannt sein. Nach Erfahrung ist man jedoch eifrig bestrebt, der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen. Die Feuerwehr der Firma Engert, Kirchhof, verlangt von jedem Mitglied monatlich 20 Pf. Beitrag, das sind jährlich 2,40 M. Mit diesen Beiträgen will man die Vergütungen, das Biertrinken usw. bezahlen. Da sich die Vergütungen bei der genannten Wehr oft wiederholen in Gestalt von Lebnisbesuchen und anderen Feiern, und dabei recht lebhaft den gedönten Genüssen zugeführt werden, so ist jedem Arbeiter ohne weiteres klar, daß der größte Teil der Ausgaben von den Direktoren oder der Firma bestritten wird. Wehlich geht es auch bei anderen Feuerwehren zu. Die in die Dampfregel der Firma Brüder Forst, Großpolitz, eintretenden Arbeiter müssen gleichzeitig in die Betriebsfeuerwehr eintreten. Dafür hält sich diese noble Firma nicht an den Tarifvertrag, sondern bezahlt nach Gutdünken. Dabei sind jedoch die Arbeiter die Geprüften. Bei dieser Firma ist eine direkte Feuergefahr durch leicht brennbare Stoffe nicht vorhanden, so ist leicht begreiflich, warum sich diese Firma eine Feuerwehr leistet. Und ihre Mitglieder sind fast ausnahmslos Streikbrecher, die bei dem vorjährigen Streik den Kollegen in den Rücken fielen. In diesem Beispiel kann man sich über den wahren Zweck der Fabrikfeuerwehren orientieren. Die Firma Schöner u. Kohns, Hainich, stellt ihrer Feuerwehr eine große Anzahl Kirchbäume unentgeltlich zur Verfügung. Dafür wird sie dann bei jedem reaktionären Feind, wobei der Pfaffe oder der Militärverein des treuereutheren Herrn Reichmann eine große Rolle spielen, eingeladen, und muß erscheinen. Auch bei anderen Feuerwehren haben die Meister, Aufseher usw. stets das Kommando besetzt, damit der Arbeiter nie vergißt, daß er nur die Befehle auszuführen hat, ein entgegengelegter Fall ist noch nicht bekannt geworden.

Selbstverständlich können die Reaktionsäre nicht offen bekanntgeben, welche Ziele sie mit ihrer Betriebsfeuerwehr verfolgen. Die Arbeiterschaft muß erkennen, welche traurige Rolle die Betriebsfeuerwehreute ihr gegenüber spielen, und sie muß die Konsequenzen ziehen. Die Arbeiterschaft muß sich solchen Leuten gegenüber sehr zurückhaltend zeigen, um sich nicht selbst zu schädigen. Ungeprüfte Entlassungen kommen auf das Konto dieser Falschbüchsen, als anderes kann man sie nicht mehr bezeichnen.

Seltene Vorsichtsmaßnahmen

Am 21. Oktober wurde gegen die Beteiligten in der Bauhner Handellgeschäfte verhandelt und zwar recht auffälligerweise hinter verschlossenen Türen. Wir lassen den Verhandlungsbericht folgen:

Wegen Kuppelerei wurde gegen den Bauunternehmer Friedrich Wapport aus Weiskauer, den Eigentümer des Grundstücks Wiltshener Straße 47 in Bauhen, und wegen Beihilfe gegen die Wirtschaftlerin Martha Förster aus Bauhen verhandelt. Bekanntlich hatte die Förster in dem genannten Grundstück zwei Prostituierte als Untermieter aufgenommen, die dort ihr Gewerbe betrieben. Nach Eintritt in die Verhandlung wurde sofort noch vor Vorlesung des Eröffnungsbeschlusses die Öffentlichkeit auch für die Vertreter der Presse ausgeschlossen, so daß über den Fall, der seit längerer Zeit die Öffentlichkeit stark interessiert und Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen im Stadtparlament bis in die letzte Zeit hinein gewesen ist, nicht berichtet werden kann, was andererseits geltend gemacht werden würde. Wapport erhielt an Stelle von 6 Wochen Gefängnis eine Geldstrafe von 300 Mark, die Förster an Stelle von einer Woche Gefängnis

eine Geldstrafe von 50 Mark. Verteidiger war Rechtsanwalt Wätner, Bauhen.

Also ist man eingeschritten, doch von einer Einstellung des Betriebes ist noch nichts bekannt. Sonderbar mutet die Nacht hinter verschlossenen Türen an. Es sind vielleicht für hier ungenannte Persönlichkeiten recht unangenehme Dinge zur Sprache gekommen. Doch dürfte mit diesem vorläufigen Ergebnis diese Sache noch keinen Abbruch gefunden haben.

Unglücksfall

Bauhen. Ein Oester der unerhörten Autorität wurde der 58 Jahre alte Arbeiter Schläger aus Crostau. Schläger fuhr auf seinem Zweirad vorsichtswäßig rechts am 25. Oktober gegen 17 Uhr nach Hause. Zwischen Bauhen und Oberalta wurde der Unglücksfall von einem in schneller Fahrt befindlichen Auto hinterher angefahren und in den Straßengraben geschleudert, wo er demütig liegen blieb. Arbeiter haben ihn auf und benachrichtigten die Sanitätskolonne. Mit dem Sanitätsauto wurde der Verunglückte in das Bauhner Krankenhaus gebracht, wo er gegen 20 Uhr seinen Verletzungen erlegen ist. Nach dem Autofahrer wird gefahndet. — Man muß sich eigentlich wundern, daß die Zahl der Unglücksfälle nicht größer ist, wenn man die wildgewordenen Benzinflühen auf der Landstraße dahintreten sieht. Die Autofahrer glauben wahrhaftig, daß die Straßen nur ihnen gehören. Hier wären exemplarische Strafen am Platze, damit der Fahrgängerverkehr sich sicherer abwickeln könnte.

Bretsdorf. (Gemeindevorordneten-Sitzung.) In der Sitzung der Gemeindevorordneten am 21. Oktober beantragte Verordneter Hennig, ehe zur Tagesordnung übergegangen wurde, den Wasserleitungsplan in der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Dies wurde einstimmig beschlossen. Zu Punkt 1: Richtungsänderung der Jahresrechnung 1926/27, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Genosse Schubert rügte, daß der

10 Jahre Sowjetrußland Revolutionsfeiern

- Coschütz: 29. Oktober, Gasthof Niederpolitz, 19.30 Uhr
- Reichenberg: 31. Oktober, Schützenhaus, 19 Uhr
- Reichenberg: 4. November, Gasthof Reichenberg, 19.30 Uhr
- Bauhen: 4. November, Bürgergarten, 19.30 Uhr
- Großpolitz: 5. November, Bernhards Gasthof, 19.30 Uhr
- Muritz: 5. November, Gasthof Roslow, 19.30 Uhr
- Bretsdorf: 6. November, Bahnhofsrestaurant, 19.30 Uhr
- Ottendörfer-Ostfilla: 5. Nov., Gasthof Fielch, 19.30 Uhr
- Dresden: 6. November, Zirkus Sarraloni, 9.30 Uhr
- Pirna: 6. November, Volkshaus, 19.30 Uhr
- Dohna: 6. November, Miltigatal, 19 Uhr
- Großschroder: 7. Nov., Gasthaus zum Anker, 19.30 Uhr
- Freiberg: 7. November, Schwarzes Koh, 19.30 Uhr
- Freital: 7. November, Goldener Löwe, 19.30 Uhr
- Leubus-Niederseebitz: 11. November, Gasthof Leubus

Bürgermeister nicht genügend Spornjambolt gelüßt habe im Fuhrlohn und gegenüber einem Unternehmer, der auf jeder Rechnung andere Gebühren verlangt hat. Zu Punkt 2: Wegebau 1928, wurde beschlossen, die Straßensicherungen auszubessern; ebenso wird dem Entwurf der Amtshauptmannschaft für Straßensicherungen zugestimmt. Zum 3. Punkt: Sportplatzangelegenheit, empfing sich eine rege Debatte. Die bürgerlichen Vertreter, vor allem der Herr Lehrer Reuter, zeigten ihr wahres Gesicht. In den Vorverhandlungen bei der Geländebeschaffung immer Befürworter, und bei der Abstimmung stimmten alle Bürgerlichen dagegen, trotzdem die Sportvereine die Planierungsarbeiten unentgeltlich selbst ausführen wollten. In dieser Angelegenheit ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Des weiteren wurde für die Reichsbekanntmachung der Unfallversicherung beschlossen. Unter Punkt Verschiedenes stellte Genosse Schubert die Anfrage, wie es mit der kommunalen Totenbestattung steht gegenüber den Mitgliedern der Feuerbestattungsstelle, da beim ersten Todesfall der Bürgermeister die Gemeindefürsorge perweigert hat. Es wurde beschlossen, in der nächsten Sitzung das Geheiß zu prüfen. Weiter verlangte Genosse Schubert eine Schlußabrechnung über den Gemeindefürsorgebau. Selbstige soll nach Eingang aller Rechnungen erfolgen. Auf Antrag der Verordneter Hennig wurde einem Protest gegen das Reichsschulgesetz zugestimmt. Verordneter Klaus wünschte Auskunft, wer den

Schaden beim Schulaufbau trägt. Der Bürgermeister teilte mit, daß dadurch der Gemeinde keine Ausgaben entstehen. Von ihm endlich einmal der Bau einer Gemeindefürsorgeleitung in der öffentlichen Sitzung zur Sprache. Seit März läuft diese Frage öffentlich zur Sprache. Nach Bekanntgabe der geringen Vorarbeiten wies Genosse Schubert auf die Verschleppungssache des Bürgermeisters und seiner bürgerlichen Mehrheit hin. Es soll nun innerhalb 14 Tagen eine Einwohnerversammlung stattfinden, um der Einwohnerlichkeit Gelegenheit zu geben, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Zum Schluß las ein Schreiben des Invaliden Ernst Ruchs, des früheren Vermieters des Gemeindefürsorgebaus, worin dieser um Bewilligung eines Darlehens ersucht, der bei Übernahme der Räume befreit worden ist. Das Schreiben wurde mit 8 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Hierauf folgte Dunkelkammer.

Bretsdorf. Ein dreifacher Diebstahl wurde am Montag beim Schuhmacher Ferdinand Buttig ausgeführt. Dort hatte sich ein Mann in die Kammer eingeschlichen. Durch Geräusch aufmerksam geworden, trat ihn Herr Buttig an, ehe er das Haus verlassen konnte. Der Dieb beteuerte keine Unschuld. Nach einer Verhörsitzung nahm er das Weite, und der Betroffene war der Meinung, denn er mußte bedauerlicherweise feststellen, daß sein Geld (30 M.) und eine silberne Uhr verschwunden waren.

Protest gegen den Reichsschulgesetzentwurf

Rähnitz-Hellerau. In der letzten Gemeindevorordneten-Sitzung hatten unsere Genossen eine Resolution zum Reichsschulgesetzentwurf, sowie einen Antrag eingebracht, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der zu diesem Thema Stellung genommen werden sollte. Durch den Widerspruch des bürgerlichen Gemeindevorordneten Direktor Grader, Hellerau, wurde die Behandlung der Resolution sowohl, als auch des Antrages unmöglich gemacht. Unsere Genossen stimmten dann dem an, daß diese Dinge in der darauf stattfindenden öffentlichen Schulausschussung behandelt werden sollten. In dieser Sitzung wurde auch unsere Resolution gegen den Reichsschulgesetzentwurf gegen zwei bürgerliche Stimmen angenommen. Zwei der Vertreter erklärten, daß sie doch keiner kommunikativen Resolution zustimmen könnten, wenn sie schließlich auch gegen den Gesetzentwurf seien. Unter Antrag, eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Am 18. Oktober fand nunmehr die Versammlung statt, in der Herr Lehrer Marx (SPD) das Referat übernommen hatte. Er schilderte die Auswirkungen dieses Gesetzentwurfes in kultureller und finanzieller Beziehung, ohne aber auf den Kernpunkt der Dinge, den Zweck dieses reaktionären Maßwerkes und sein Zustandekommen einzugehen. Am Schluß seiner Ausführungen gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der Entwurf, der inzwischen im Reichsrat abgelehnt sei, auch im Reichstag das gleiche Schicksal erleiden möge, was wohl auch gelinde wäre. Von wirklicher Kampfstimmung gegen diesen reaktionären Gesetzentwurf konnte man bei denartigen Ausführungen wirklich nicht sprechen. Ganz anders behandelte dann Gen. Meißner, der in der Diskussion dazu sprach, das Thema. In scharfen Worten beleuchtete er den Zweck und die Ziele dieses Gesetzentwurfes, der die Kinder der wertigsten Bevölkerung wieder der finsternen Kirchenreaktion ausliefern will. Er zeigte auch an Hand von Tatsachenmaterial, daß die Forderung der SPD an dem Zustandekommen dieses Gesetzes nicht unzulässig sei, und verwies dabei auf die Haltung der Koalitionsregierung in Preußen. Interessant war die Bekanntheit eines Schreibens, aus dem die Haltung der linken SPD in Dresden zu dieser Frage trefflich beleuchtet wurde. Von unserem Genossen Tausch wurde ausgeführt, daß man die Ehrlichkeit des Kampfes der SPD gegen dieses Gesetz tatsächlich bezweifeln müßte. Er brachte u. a. auch der Bekanntheit des Verhaltens der SPD-Fraktion des Schulausschusses in Rähnitz-Hellerau zur Kenntnis. Dort hatte in der vorletzten Sitzung die ganze SPD-Fraktion, bei der sich auch die zwei Schulleiter befinden, geschlossen für ein Kirchenparlamentarismus als zweiten Vorsitzenden gestimmt und damit unseren Vorschlag abgewürgt. Der Bürgermeister betonte in seinen Ausführungen die finanzielle Unübersichtlichkeit dieses Entwurfes für die Gemeinden. Unter Genosse Seifert, Wilschdorf, forderte die Anwesenden auf, einmütig gegen den Gesetzentwurf zu protestieren, was auch in den Schlußausführungen der Genossen Meißner und Tausch zum Ausdruck kam. Im Schlußwort erklärte Herr Lehrer Marx, daß er mit Willen auf die politische Seite der Sache nicht eingegangen wäre, da es keinen Zweck habe. Die von unseren Genossen gemachten Ausführungen konnte er jedenfalls nicht widerlegen. Der Strohfeuer des SPD-Mannes Lehter Wegerdt, daß er unsere Ausführungen auf das tiefste bedauere, ist uns verständlich. Unsere Resolution wurde auch hier einstimmig angenommen. — Feststellen möchten wir nur noch, daß der Besuch der Versammlung sowohl, wie auch der öffentlichen Schulausschussungen zu wünschen übrig ließ.

Wertigste von Rähnitz-Hellerau! Das muß anders werden! Zeigt mehr Interesse für die euch angehenden Fragen. Informiert euch dabei in dem für die proletarische Interessenvertretung maßgebenden Organ, der Arbeiterstimme!

Am Sonntag Landagitatio! Werbt bei den arbeitenden Bauern!

10 TAGE die die Welt erschütterten

VON JOHN REED
Autorisierte Übersetzung von Willi Schulz
Copyright by Verlag der Literatur und Politik, Wien, Berlin SW 44
(4. Fortsetzung.)

Beispielsweise existierte noch immer die Rangordnung, die Peter der Große Rußland mit eiserner Hand aufgezwungen hatte. Fast jedermann, vom Schulknaben angefangen, hatte seine vorgeschriebene Uniform, mit den Abzeichen des Kaisers auf den Knöpfen und Ärmelenden. Von 17 Uhr an waren die Straßen gefüllt mit alten Herren in Uniform mit Altmützen, die von der Arbeit in den riesigen, fast unerschöpflichen Ministerien oder Regierungsinstitutionen kamen, wo ihre Tätigkeit darin bestanden mochte, auszurechnen, wie lange es währte würde, bis der Tod eines ihrer Vorgesetzten sie zum Rang eines Majors oder Gehelmeuts aufsteigen lassen würde, mit der Aussicht auf Pensionierung mit einem einträglichen Ruhegehalt und womöglich mit dem St. Annenkreuz. . . Dem Senator Sokolow ist es passiert, in einem Moment, als die Revolution ihre höchste Welle erreicht hatte, daß er eines Tages zu einer Senatsitzung in Juwifelsburg erschien und nicht zugelassen wurde, weil er nicht die vorgeschriebene Divree des Zarenamtes trug.

Gegen diesen Hintergrund einer ganzen Nation in Wahrung und Auflösung rollte die Erhebung der russischen Massen heran.

II. Der herausziehende Sturm.

Im September 1917 marschierte der General Kornilow auf Petrograd, um sich zum militärischen Diktator über Rußland aufzuschwingen. Hinter ihm wurde plötzlich die Eisenfaust der Bourgeoisie sichtbar, die sich ansetzte, mit verwegener Schlag die Revolution niederzuschmettern. In die Verschwörung waren auch einige der sozialistischen Minister verwickelt. Kerenski selber war verächtlich. Samilow, von dem Zentralkomitee seiner Partei, den Sozialrevolutionären, aufgefordert, Unterstützung zu geben, weigerte sich dessen und wurde ausgeschlossen. Soldatenkomitees verhafteten Kornilow, Generale wurden entlassen, Minister ihrer Ämter enthoben, und das Kabinett wurde gelöst.

Kerenski machte den Versuch, eine neue Regierung zu bilden mit Einschluß der Kadetten. Kerenski weigerte sich zu gehorchen

und drohte mit seinem eigenen Rücktritt vom Kabinett, wenn die Sozialisten auf ihrer Forderung bestanden. Indessen war die Aufregung der Volksmassen so groß, daß er sich — wenigstens für den Moment — nicht zu widersetzen wagte, und ein einseitiges Direktorium von fünf der bisherigen Minister, mit Kerenski an der Spitze, übernahm die Macht bis zur endgültigen Regelung der Frage.

Die Kornilow-Affäre hatte alle sozialistischen Gruppen, von den Gemäßigten bis zu den Revolutionären, in einem leidenschaftlichen Impuls der Selbstverteidigung zusammengeführt. Es galt, das Ausmaß neuer Kornilows zu verhindern. Eine neue Regierung mußte gebildet werden, die den der Revolution ergebenden Elementen verantwortlich war. So forderte denn das Zentralerekutivkomitee der Sowjets die Organisationen zur Bildung einer „Demokratischen Konferenz“ auf, die im September in Petrograd zusammentreten sollte.

Im Zentralerekutivkomitee der Sowjets hatten sich von vornherein drei Richtungen bemerkbar gemacht. Die Volkswirtschaft forderten die Einberufung eines neuen (zweiten) Allrussischen Kongresses und die Übernahme der Macht durch die Sowjets. Das von Tschernow geführte Zentrum der Sozialrevolutionäre, die Linken Sozialrevolutionäre unter Führung von Kamkow und Spiridonowa, die Internationalistischen Menschewits unter Martow und das Zentrum der Menschewits, dessen Sprecher Bogdanow und Skobelew waren, traten für eine „rein sozialistische“ Regierung ein. Zereteli, Dan und Liber, die Führer der Rechten Menschewits, und die Rechten Sozialrevolutionäre unter Awstentsew und Ody bestanden auf der Einziehung der bestehenden Klassen bei der Bildung der neuen Regierung.

Im Petrograd der Sowjet gelang es den Menschewits fast sofort, die Mehrheit zu gewinnen. Dem Beispiel Petrograds folgten schnell die Sowjets in Moskau, Kiew, Odessa und anderen Städten.

Kais höchste Befehl, erklärten die das Zentralerekutivkomitee der Sowjets beherrschenden Menschewits in einem Beschluß, daß die Gefahr Lenin mehr zu fürchten sei als die Gefahr Kornilow. Sie revidierten den für die Demokratische Konferenz aufgestellten Vertretungsmodus, indem sie den Genossenschaften und ähnlichen konservativen Organisationen eine größere Anzahl von Delegierten zusprachen. Selbst diese gefeierte Versammlung stimmte nicht für eine Koalitionsregierung, ohne die Kadetten. Nur Kerenski's offene Drohung mit dem Rücktritt und das Warngeheiß der „gemäßigten“ Sozialisten, daß „die Republik in Gefahr sei“, erreichten, daß die Konferenz mit einer geringen Mehr-

heit sich zugunsten der Koalition mit der Bourgeoisie aussprach und der Errichtung einer Art beratenden Parlaments, ohne gleichbedeutende Gewalt, zustimmte, das den Namen „Provisorischer Rat der Russischen Republik“ erhielt.

Die neue Regierung wurde praktisch von den bestehenden Klassen beherrscht, und auch in dem neugehaltenen „Rat der Russischen Republik“ hatten diese eine unvorstellbar große Zahl von Sitzen inne.

Das Zentralerekutivkomitee der Sowjets hatte faktisch aufgehört, die Auffassungen der Sowjets zu vertreten. Es weigerte sich, den im September fälligen neuen Allrussischen Sowjetkongress einzuberufen, und war auch nicht gewillt, seine Einberufung durch andere zu dulden. Das offizielle Organ des Komitee, „Kowetshja“, begann sogar anzudeuten, daß die Funktion der Sowjets beendet und ihre baldige Auflösung zu erwarten sei. Zur selben Zeit bezeichnete die neue Regierung als einen wesentlichen Teil ihrer Politik die Liquidierung aller „unverantwortlichen Organisationen“, womit die Sowjets gemeint waren.

Die Volkswirtschaft antworteten hierauf mit der Aufforderung an die allrussischen Sowjets, sich am 2. November in Petrograd zu versammeln und die Regierungsgewalt zu übernehmen. Gleichzeitig zogen sie ihre Vertreter aus dem Räte der Russischen Republik zurück, erklärten, daß sie es ablehnten, an einer „Regierung des Volksoberates“ teilzunehmen.

Der Rücktritt der Menschewits ließ den unglückseligen Rat indes keineswegs zur Ruhe kommen. Die bestehenden Klassen, wieder im Besitz einer Machtposition, wurden arrogant. Die Kadetten erklärten, daß die Regierung nicht berechtigt gewesen sei, Rußland zu einer Republik zu proklamieren. Sie forderten strenge Maßnahmen in Armeen und Flotte zur Unterdrückung der Soldaten- und Matrosenkomitees und griffen die Sowjets heftig an. Auf der anderen Seite traten die Internationalistischen Menschewits und die Linken Sozialrevolutionäre für den sofortigen Friedensschluß ein, für die Uebergabe des Landes an die Bauern und für die Durchführung der Arbeiterkontrolle über die Industrie, was praktisch auf das Programm der Menschewits hinauslief.

Ich habe Martows Antwortrede an die Kadetten gehört. Todkrank wie er war, hielt er sich mit Mühe am Rednerpult aufrecht, und mit einer Stimme, so heiser, daß man ihn kaum zu hören vermochte, drohte er nach den rechten Banken hinüber: (Fortsetzung folgt.)

